Bayerische Apothekerversorgung

Bayerische
Versorgungskammer

www.bapv.de

Geschäftsbericht 2015

90 Jahre

IMPRESSUM

Herausgeber

Bayerische Apothekerversorgung
Postanschrift:
Postfach 81 01 09
81901 München

Verwaltungsgebäude:
Arabellastraße 31
81925 München

Telefon: 089 9235 6
Fax: 089 9235 7041
E-Mail: bapv@versorgungskammer.de
www.bapv.de

Druck:
Offsetdruck Baumann
Meglingerstraße 49
81477 München

Titelbild:
Verwaltungsausschuss 19. April 1928, © Bayerische Versorgungskammer;

Fotos in chronologischer Reihenfolge:
Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer
contrastwerkstatt - Fotolia.com
HappyAlex - Fotolia.com
Kathrin39 - Fotolia.com
Gerhard Seybert - Fotolia.com
Dr. Maike Kolbeck - Bayerische Versorgungskammer
pikselstock - Fotolia.com
Udo Kroener - Fotolia.com

Bericht über das Geschäftsjahr 2015

Bayerische Apothekerversorgung

Anstalt des öffentlichen Rechts

Geschäftsführung und Vertretung:

Bayerische Versorgungskammer

N A C H R U F

Im Jahr 2015
verstarb

Herr
Dr. Fritz Schäfer

Apotheker

Mitglied des Landesausschusses von 1991 – 2002

Herr Dr. Fritz Schäfer gehörte drei Amtsperioden dem Selbstverwaltungsgremium der Bayerischen Apothekerversorgung an und trat mit großem Engagement und Einsatz für die Belange der berufsständischen Versorgung ein.

Die Bayerische Versorgungskammer wird Herrn Dr. Schäfer stets
in dankbarer Erinnerung behalten.

N A C H R U F

Im Jahr 2015
verstarb

Herr
Dr. Horst Kiefer

Apotheker

Mitglied des Landesausschusses von 1985 – 2002
und
Mitglied des Verwaltungsausschusses von 1991 – 2002

Herr Dr. Horst Kiefer förderte engagiert den Anschluss der saarländischen Apotheker an die Bayerische Apothekerversorgung. Mit großer Sachkunde und tatkräftigem persönlichen Einsatz trat Herr Dr. Kiefer über Jahrzehnte für die Belange und das Wohl der berufsständischen Versorgung ein.

Die Bayerische Versorgungskammer ist Herrn Dr. Kiefer
zu großem Dank verpflichtet und wird ihm stets
ein ehrendes Gedenken bewahren.

N A C H R U F

Im Jahr 2016
verstarb

Herr
Theo Hertewich

Apotheker

Herr Hertewich gehörte seit 2003 dem Landesausschuss
der Bayerischen Apothekerversorgung als stellvertretendes Mitglied an.

Die Bayerische Versorgungskammer wird Herrn Hertewich
ein ehrendes Gedenken bewahren.

Inhalt

Vorwort des Vorstands 11

A. Grundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung 13

1. Aufgabe, Verwaltung, Rechtsgrundlagen, Aufsicht 14
2. Im Profil 15
3. Gesellschaftliche Verantwortung 16

B. Lagebericht 19

1. Allgemeines 20
2. Geschäftsentwicklung 22
3. Risikobericht 26
4. Prognosebericht 30

C. Jahresabschluss 35

Bilanz zum 31. Dezember 2015 36
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 38
Anhang 39
- 1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 39
- 2. Erläuterungen zur Bilanz 42
- 3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung 47
- 4. Sonstige Angaben 50

D. Bericht des Landesausschusses 55

1. Tätigkeit des Landesausschusses 56
2. Tätigkeit des Verwaltungsausschusses 57
3. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung 57

E. Organe und Gremien 59

Landesausschuss 60
Verwaltungsausschuss 62
Bayerische Versorgungskammer 63
Kammerrat 64

F. Statistische Angaben 67

Vorwort des Vorstands

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Geschäftsbericht möchten wir Ihnen einen Überblick über das Geschäftsjahr 2015 geben.
Das anhaltend niedrige Zinsniveau, Unsicherheiten in der Eurozone (GREXIT), aber auch geopolitische Risiken und deren Auswirkungen stellen institutionelle Anleger wie auch die Bayerische Apothekerversorgung vor große Herausforderungen. Doch auch in diesem schwierigen Umfeld können wir als Geschäftsführer der Bayerischen Apothekerversorgung eine solide Bilanz vorlegen: Unsere Kapitalanlagestrategie mit den Schwerpunkten breite Diversifizierung einerseits und Erwerb von Anlagen mit guter Bonität andererseits zahlt sich auch in diesem Geschäftsjahr aus.

Die wesentlichen Geschäftszahlen der Bayerischen Apothekerversorgung bestätigen, dass Ihre Versorgungseinrichtung auch in schwierigen Zeiten gut aufgestellt ist. Der weiterhin sehr günstige Verwaltungskostensatz macht Ihre Altersversorgung, kombiniert mit den Solidarelementen Hinterbliebenenversorgung und Berufsunfähigkeitsabsicherung, auch im Vergleich zu anderen Vorsorgealternativen attraktiv.

In einem schwierigen Umfeld eine Versorgungseinrichtung zukunftssicher zu steuern ist für uns Anspruch und Ansporn zugleich. In vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsgremien, mit unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit dem fachlichen Rat und der guten Begleitung durch unsere Aufsicht wird uns diese Aufgabe auch in Zukunft gelingen.

Wir laden Sie nun ein, sich auf den folgenden Seiten ein konkretes Bild von den Ergebnissen 2015 und der Entwicklung der Bayerischen Apothekerversorgung zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Daniel Just

Ulrich Böger

Reinhard Dehlinger

Reinhard Graf

André Heimrich

Grundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung

A. Grundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung

1. Aufgabe, Verwaltung, Rechtsgrundlagen, Aufsicht

Aufgabe

Die Bayerische Apothekerversorgung ist die berufsständische Pflichtversorgungseinrichtung für die Mitglieder der Apothekerkammern in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie für Pharmaziepraktikanten, die im Freistaat Bayern, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg und im Saarland beruflich tätig sind. Ihre Aufgabe ist es, Mitgliedern und deren Hinterbliebenen eine angemessene Versorgung zu gewähren (Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung).

Verwaltung

Die Bayerische Apothekerversorgung ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ausschließlich gemeinnützig tätig ist. Ihr Sitz ist München.

Organe der Bayerischen Apothekerversorgung sind der Landesausschuss und die Bayerische Versorgungskammer.

Der Landesausschuss beschließt insbesondere über die Richtlinien der Versorgungspolitik, die Satzung, den Jahresabschluss einschließlich der Entlastung der Geschäftsführung, die Anpassung von Versorgungsanrechten, die Wirtschaftsplanung sowie die Bildung von Ausschüssen und überwacht die Geschäftsführung. Er wählt für seine Amtsdauer einen Vorsitzenden und drei stellvertretende Vorsitzende aus seiner Mitte. Der Landesausschuss hat dem aus seiner Mitte gewählten Verwaltungsausschuss vor allem folgende Angelegenheiten übertragen:

- Unterstützung des Landesausschusses bei der Überwachung der Geschäftsführung;
- Vorbereitung der Entscheidungen des Landesausschusses, insbesondere Vorprüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts;
- Zustimmung zu Erwerb, Bebauung und Veräußerung von Grundstücken.

Die Bayerische Versorgungskammer ist organisationsrechtlich eine staatliche Oberbehörde und wird von einem Vorstand geleitet. Sie ist gemeinsames Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan der Bayerischen Apothekerversorgung sowie elf weiterer Versorgungseinrichtungen und unterliegt insoweit keinen staatlichen Weisungen. Den Verwaltungsaufwand einschließlich der Personalkosten bestreiten die Versorgungseinrichtungen verursachungsgerecht aus ihren Mitteln.

Der bei der Versorgungskammer gebildete Kammerrat besteht aus 17 Vertretern aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen, darunter auch ein Vertreter der Bayerischen Apothekerversorgung. In gemeinsamen Geschäftsführungsangelegenheiten der Versorgungseinrichtungen wirkt der Kammerrat ebenso beratend mit wie bei der Bestellung des Vorstands und der Leiter der Zentralbereiche der Versorgungskammer.

Rechtsgrundlagen

Die unmittelbaren Rechtsgrundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung sind:

- das Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des BaukammernG, des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen und der Bayerischen Bauordnung vom 24. Juli 2015 (GVBl. S 296),
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Landes Rheinland-Pfalz zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 17./25. November 1969 (GVBl 1970 S. 187, GVBl für das Land Rheinland-Pfalz 1970 S. 139), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/8. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 30 und S. 111, GVBl für das Land Rheinland-Pfalz 2005 S. 542 und 2006 S. 99),
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 5. Mai 1978 (GVBl S. 521, GBl für Baden-Württemberg S. 307), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/17. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 36 und S. 126, GVBl für Baden-Württemberg 2006 S. 19 und S. 129),

- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Saarland über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Saarlandes zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 9./15. November 1984 (GVBl 1985 S. 97, Amtsbl des Saarlandes 1985 S. 185), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/21. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 38 und S. 114, Amtsbl des Saarlandes 2005 S. 1874 und 2006 S. 761),

- die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) vom 20. Dezember 1994, zuletzt geändert durch § 1 ÄndVO vom 28. Juli 2015 (GVBl S. 315),

- die Satzung der Bayerischen Apothekerversorgung in der Neufassung vom 11. Dezember 1996 (StAnz Nr. 51/52), zuletzt geändert durch 14. Änderungssatzung vom 17. November 2015 (StAnz Nr. 48).

Die Neufassung der Satzung ist veröffentlicht

- für den Bereich Rheinland-Pfalz im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 1996 S. 1676,

- für den Bereich Baden-Württemberg im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 1996 Nr. 52, Beilage Nr. 11/1996,

- für den Bereich Saarland im Amtsblatt des Saarlandes 1996 S. 1511.

Die letzte Änderungssatzung vom 17. November 2015 ist für die vorgenannten Geltungsbereiche veröffentlicht im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 2015 Nr. 46 S. 1185 f., im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 2015 Nr. 47 Zentralblatt S. 19 sowie im Amtsblatt des Saarlandes 2015 Nr. 47 S. 1301 f.

Aufsicht

Die Bayerische Apothekerversorgung steht unter der Rechts- und Versicherungsaufsicht des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr.

Das Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg sowie das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes wirken aufgrund der Staatsverträge vom 17./25. November 1969, vom 5. Mai 1978 und vom 9./15. November 1984 an der Rechtsaufsicht über die Tätigkeit der Anstalt in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland mit.

2. Im Profil

Berufsständische Versorgung

Berufsständische Versorgungswerke sind Selbsthilfeeinrichtungen der jeweiligen Berufsstände. Der Gesetzgeber hat hierfür den landesgesetzlichen Rahmen geschaffen. Berufsständische Versorgung ist ein öffentlich-rechtliches Versorgungssystem für die verkammerten freien Berufe und leistet Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung.

Effiziente Versorgung

Sichere Versorgung:
Seit 1. Januar 2015 wird das klassische Anwartschaftsdeckungsverfahren, das Versorgungsansprüche aus angesparten Beiträgen der Mitglieder sowie aus Erträgen der Kapitalanlage finanziert, um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens ergänzt. Für die Finanzierung der Rentenansprüche werden zwar weiterhin Erträge aus der Kapitalanlage verwendet, jedoch fließen in die Berechnung weitere Elemente mit ein.

Kostengünstige Versorgung:
Das Versorgungswerk erfasst grundsätzlich alle Kammermitglieder und kann daher auf Werbung und Vermittlungstätigkeit verzichten. So schmälern weder Werbeaufwand und Provisionen noch der bei Aktiengesellschaften übliche Gewinnabfluss an die Aktionäre die Effizienz der Beiträge.

Beitragsorientierte Versorgung:
Während der Kammermitgliedschaft entrichten die Mitglieder aus dem Berufseinkommen Beiträge an das Versorgungswerk. Die Höhe der Versorgung ist deshalb Ergebnis der eingezahlten Beiträge.

Ausbaufähige Versorgung:
Neben den Pflichtbeiträgen können Mitglieder je nach ihren finanziellen Möglichkeiten auch zusätzliche Zahlungen laufend oder sporadisch leisten.

Selbstverwaltete Versorgung:
Das Versorgungswerk wird vom Berufsstand gestaltet und kontrolliert. Transparenz und Kompetenz sind daher gewährleistet.

Solidarische Versorgung:
Das Versorgungswerk ist auch eine große Solidargemeinschaft. Deshalb wird z. B. nicht nach Gesundheitszustand, nach Familienstand und nach der Anzahl der Kinder tarifiert. Die Solidargemeinschaft aller Mitglieder trägt die Risiken gemeinsam. Die berufsständische Versorgung ist vorrangiges Pflichtversorgungssystem vor privaten Vorsorgemaßnahmen.

Leistungen

Das Versorgungswerk leistet

- Altersrente ab dem 67. Lebensjahr (Übergangsfristen existieren für Jahrgänge vor 1967) bzw.
- vorgezogenes Altersruhegeld (frühestens ab dem 62. Lebensjahr mit Übergangsbestimmungen für die Jahrgänge bis 1959, soweit die Mitgliedschaft vor dem 1. Januar 2012 begründet worden ist) mit versicherungsmathematischen Abschlägen bzw.
- Berufsunfähigkeitsrente
- Hinterbliebenenrente an die Witwe/den Witwer oder den nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz eingetragenen Lebenspartner des Mitglieds sowie Halb-/Vollwaisenrente an hinterbliebene Kinder bis längstens zum 27. Lebensjahr, im Fall dauernder Erwerbsunfähigkeit bis längstens zum vollendeten 30. Lebensjahr.

3. Gesellschaftliche Verantwortung

Die Geschäftsführung für die Bayerische Apothekerversorgung sowie für weitere elf Versorgungseinrichtungen wird von der Bayerischen Versorgungskammer wahrgenommen. Mit insgesamt ca. 2,1 Mio. Versicherten und Rentenempfängern, ca. 66 Mrd. Euro Kapitalanlagen und ca. 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern trägt die Bayerische Versorgungskammer damit eine große gesellschaftliche Verantwortung

- gegenüber den Mitgliedern und deren Arbeitgebern,
- als bedeutender Kapitalmarktteilnehmer
- und als Arbeitgeber.

Nachhaltigkeit

Mitglieder und deren Arbeitgeber vertrauen den von der Bayerischen Versorgungskammer vertretenen Versorgungsanstalten die Finanzierung ihrer Altersversorgung an. Die Bayerische Versorgungskammer achtet in besonderem Maße auf die Pflege nachhaltiger, d. h. über Generationen wirksamer Finanzierungssysteme und gleichzeitig auf eine ertrags- und risikooptimierte Anlagepolitik.

Mit der Unterzeichnung der Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment der Vereinten Nationen (UNPRI) verpflichtet sich die Bayerische Versorgungskammer auf Prinzipien einer nachhaltigen Kapitalanlage und damit auch ihre Partner am Kapitalmarkt auf Grundsätze gesellschaftlicher Verantwortung.

Bis vor wenigen Jahren galten Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (sogenannte ESG-Kriterien (Environmental, Social und Corporate Governance)) als nicht-finanzmarktrelevante Faktoren und spielten eine untergeordnete Rolle in Unternehmens- und Kapitalanlagestrategien. Mittlerweile hat sich aber die Einsicht durchgesetzt, dass diese Faktoren sehr wohl Einfluss auf Kapitalanlagen haben, da ihre Missachtung ein Risiko für die Reputation und letztlich für Unternehmensbewertungen bedeuten kann. Die Beachtung und transparente Kommunikation dieser ESG-Faktoren, die den Kern nachhaltigen Wirtschaftens beinhalten, können hingegen einen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten.

Die Bayerische Versorgungskammer als eine Unternehmensgruppe der öffentlichen Hand und einer der größten Kapitalsammelstellen in Europa sieht sich damit in der besonderen Verantwortung, der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage noch stärker als bisher Beachtung zu schenken. Gerade die Finanzkrise zeigte, dass ein Missverhältnis von kurzfristigen Anreizen und langfristiger Entwicklung gravierende Auswirkungen haben kann. Als Vermögensverwalterin der ihr anvertrauten Gelder ist für die Bayerische Versorgungskammer eine langanhaltend stabile Kapitalanlage von zentraler Bedeutung. Wir sind daher der Überzeugung, dass die Verfolgung einer nachhaltigen Anlagepolitik auch im langfristigen Interesse und zum Wohle der Mitglieder ist.

Die UN-Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment beinhalten im Einzelnen, dass wir

- im Investmentbereich in die Analyse- und Entscheidungsprozesse ESG-Themen einbeziehen,
- aktiver Treuhänder sein werden und ESG-Themen in unserer Politik und in der Praxis als Aktionär berücksichtigen,
- von den Gesellschaften, in die wir investieren, eine angemessene Offenlegung von ESG-Themen fordern,
- in der Investmentbranche die Akzeptanz und die Umsetzung dieser Grundsätze vorantreiben,
- mit den anderen Unterzeichnern der UNRPI zusammenarbeiten, um unsere Wirksamkeit bei der Umsetzung dieser Grundsätze zu steigern und
- über unsere Aktivitäten und unsere Fortschritte bei der Anwendung der Grundsätze Bericht erstatten.

Grundsätzliche Überzeugungen unserer Anlagephilosophie, wie die breite Diversifikation der Investments, werden nicht tangiert. Vor diesem Hintergrund sind wir sicher, dass die stärkere Berücksichtigung der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage sich langfristig positiv auf die Performance auswirken wird. Weitergehende Umschichtungen in dem bestehenden Portfolio werden durch unseren Ansatz vermieden.

Compliance

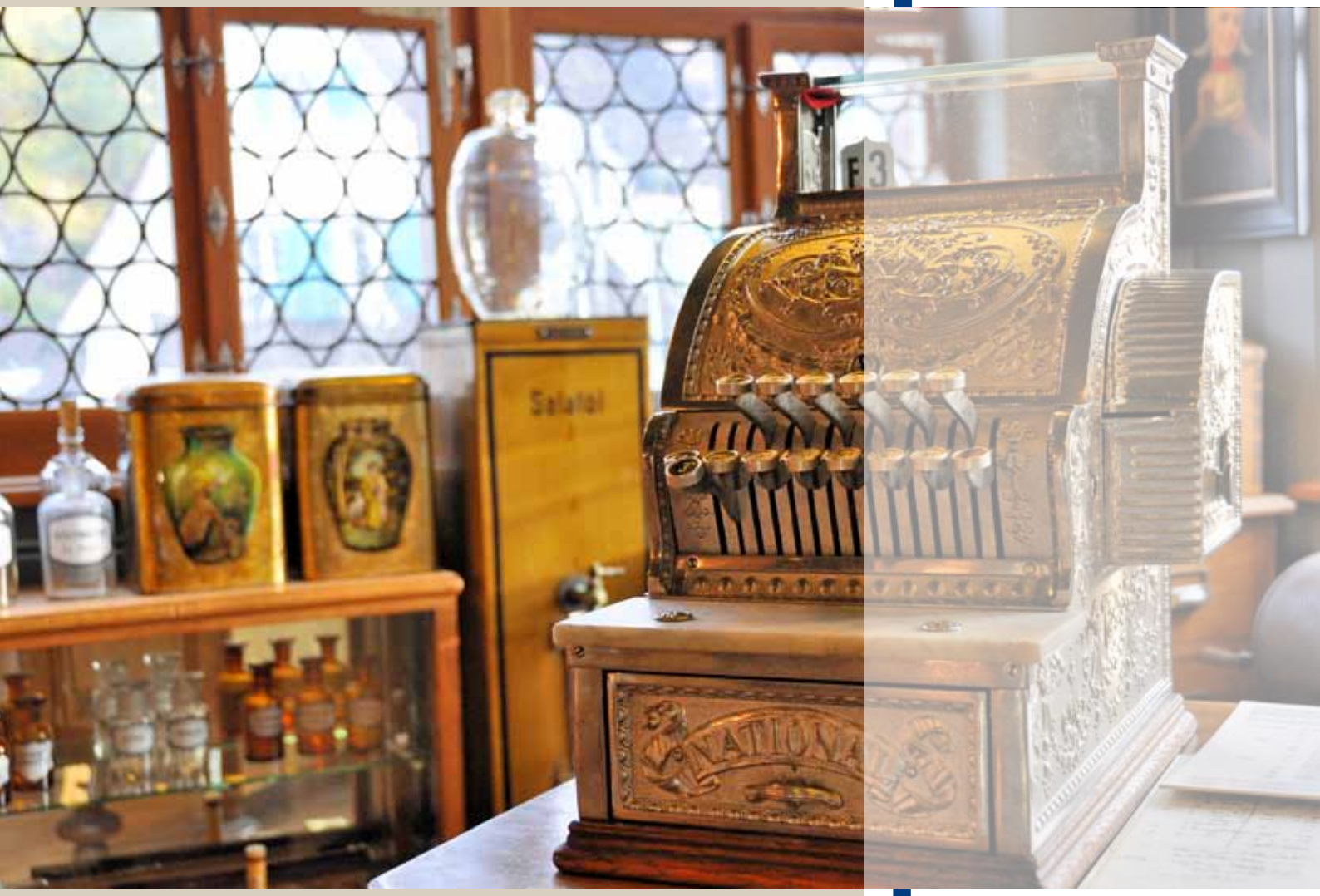
Die Bayerische Versorgungskammer beugt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Korruption vor und verpflichtet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf besondere Compliance-Regelungen. Mit der Bestellung eines Beauftragten für Korruptionsprävention, entsprechenden Regeln, Schulungen der Mitarbeiter und insbesondere durch die Vorbildfunktion der Führungskräfte dokumentiert die Bayerische Versorgungskammer, wie ernst ihr die Einhaltung von Compliance-Regeln ist.

Beschäftigte

Die Bayerische Versorgungskammer bietet am Standort München derzeit ca. 1.200 Menschen sichere und attraktive Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Als verantwortungsbewusster Arbeitgeber schaffen wir nicht nur Ausbildungsplätze für junge Menschen, sondern eröffnen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Behinderung (aktuell ca. 10 % des Personals) eine berufliche Perspektive.

Die Bayerische Versorgungskammer verfolgt seit vielen Jahren eine familienorientierte Personalpolitik. Sie fördert daher aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit zahlreichen Maßnahmen. 27 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit und sind so in der Lage, ihren familiären Verpflichtungen wie der Kinderbetreuung oder der Pflege älterer Familienangehöriger besser nachzukommen. Mit der im Jahr 2009 erfolgten Zertifizierung der familienorientierten Personalpolitik im Rahmen des Audits beruf**und**familie® setzt die Bayerische Versorgungskammer auch für die Zukunft ein bewusstes Zeichen.

Vielfalt, Toleranz, Fairness und Wertschätzung in der Arbeitswelt sind für uns als öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber zentrale Werte. Um dies auch nach außen zu dokumentieren, haben wir die Charta der Vielfalt unterzeichnet und uns dazu verpflichtet, ein von Vorurteilen hinsichtlich Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung freies Arbeitsumfeld zu gewährleisten.


Salatol
NATIONAL

Lagebericht

B. Lagebericht

1. Allgemeines

Entwicklung des Versorgungswerks und seines politischen Umfelds

Das Geschäftsergebnis und die wesentlichen Bestandszahlen im Geschäftsjahr 2015 entsprachen den Erwartungen an die prognostizierte Entwicklung des Versorgungswerks.

Der Bestand an anwartschaftsberechtigten Personen – aktive Mitglieder und sogenannte sonstige Anwartschaftsberechtigte – erhöht sich weiterhin. Die Anzahl an aktiven Mitgliedern bewegt sich seit Jahren auf relativ gleichmäßig hohem Niveau und steigt nur noch in einem geringen Umfang an, nachdem die Bestandszahlen in diesem Segment sogar zum Teil schon rückläufig waren. Die Anzahl der sonstigen Anwartschaftsberechtigten nimmt hingegen prozentual in einem größeren Umfang zu (Aktive: 0,8 % – sonstige Anwartschaftsberechtigte: 8 %). Gründe hierfür sind u. a. die Einführung des Regionalitätsprinzips und die Einschränkung der Überleitungsmöglichkeiten von Beiträgen an andere Versorgungseinrichtungen für Apotheker sowie die Einführung der internen Teilung im Rahmen des Eheversorgungsausgleichs.

Die Anzahl der Selbständigen reduzierte sich um 125 Personen auf 5.467, während die Anzahl der Angestellten um 318 Mitglieder auf 20.382 zunahm. Der Trend der Vorjahre setzte sich damit fort.

Der Bestand an Versorgungsempfängern erhöhte sich um 436 Personen bzw. 4,0 %.

Insgesamt verwaltet die Bayerische Apothekerversorgung zum 31. Dezember 2015 einen Gesamtbestand (aktive Mitglieder, sonstige Anwartschaftsberechtigte, Versorgungsempfänger) von 40.018 Personen (Vorjahr: 39.183), davon 25.849 aktive Mitglieder, 2.786 sonstige Anwartschaftsberechtigte und 11.383 Versorgungsempfänger. Der Gesamtbestand ist damit um 2,13 % gestiegen.

Die Beitragseinnahmen sind um 2,8 Mio. Euro bzw. 1,4 % auf 208,3 Mio. Euro gestiegen. Die Steigerung ist auf die erhöhten Einnahmen bei den Pflichtbeiträgen zurückzuführen. Bei der Höhe der Beitragseinnahmen wirkt sich insbesondere die Änderung der Parameter in der gesetzlichen Rentenversicherung (Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze um 100 Euro auf 6.050 Euro bei sinkenden Beitragssatz von 18,9 % auf 18,7 %) und die Tariferhöhung bei den approbierten Angestellten um 1,5 % zum 1. Juli 2014 aus. Die freiwilligen Mehrzahlungen beliefen sich auf – wie im Vorjahr – 11,1 Mio. Euro.

Im Vergleich zum Umfeld können die Ergebnisse im Bereich der Kapitalanlagen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Das schwierige Umfeld spiegelt sich allerdings nicht nur im Ergebnis einzelner Anlagearten wieder, sondern auch in der Rendite.

Für die Bayerische Apothekerversorgung konnte insgesamt eine Bruttorendite von 4,26 % erwirtschaftet werden. Die maßgebliche Nettorendite liegt – unter Berücksichtigung außerordentlicher Erträge und Aufwendungen – bei 3,81 % und damit über dem Mischrechnungszins der Anwartschaftsverbände. Der Mischrechnungszins lag 2015 bei 3,68 %.

Vor dem Hintergrund einer weiterhin nachhaltig negativen Zinserwartung sowie anhaltender Volatilität der Kapitalmärkte und der damit einhergehenden schlechten Risikosituation des Versorgungswerks hat sich der Landesausschuss auf ausdrückliche Empfehlung des Verantwortlichen Aktuars und der Geschäftsführung entschieden, dem Ausbau der Sicherheitsreserven und der Verstärkung der Risikotragfähigkeit des Versorgungswerks Vorrang einzuräumen vor weiteren ohnehin aufgrund geringer frei verfügbarer finanzieller Mittel nur begrenzten Möglichkeiten von Leistungsverbesserungen. Es wurden lediglich die Anwartschaften (einschließlich der seit 1. Januar 2015 erworbenen Rentenpunkte) des Anwartschaftsverbandes 3 (d. h. Anwartschaften, denen ein Rechnungszins von 2,5 % zugrunde liegt) zum 1. Januar 2016 um 0,75 % dynamisiert und damit auf das Niveau des Anwartschaftsverbandes 2 (Anwartschaften mit 3,25 % Rechnungszins) angehoben.

Die einzelnen Kennzahlen zur Geschäftsentwicklung sind unter 2. dargestellt.

Neben den üblichen Verwaltungstätigkeiten und Dienstleistungen, die im Rahmen der Mitgliedererfassung und -betreuung, der Renteneinweisung und Rentenzahlung sowie der damit zusammenhängenden Tätigkeiten erforderlich sind (versicherungsmathematische Dienstleistungen, Kapitalanlagetätigkeit, Baubetreuung und Vermietung, EDV-Technik, Weiterentwicklung der Software usw.) hat der Beratungsaufwand und das Informationsbedürfnis für die Mitglieder in den letzten Jahren sehr zugenommen.

Besonderer Erläuterung bedurften z. B. kapitalanlagetechnische und versicherungsmathematische Fragestellungen sowie rechtliche Themenkreise wie z. B. zum Eheversorgungsausgleich oder zum Befreiungsrecht der angestellt Tätigen zugunsten der Bayerischen Apothekerversorgung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, um nur einige Schwerpunkte zu benennen.

Die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung ist verstärkt in den Fokus gerückt. Die zunehmend im Bereich der Angestellten restriktive Handhabung des Befreiungsrechts durch die Deutsche Rentenversicherung Bund, die für die Entscheidung über diese Frage zuständig ist, führt zu einem erhöhten Nachfrage- und Erläuterungsbedarf und zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts die bewährte Praxis im Rahmen des Befreiungsverfahrens geändert werden musste.

Dem gesteigerten Informationsbedürfnis sowohl der Selbstverwaltungsgremien als auch der Öffentlichkeit wurde durch ein offensives Informationsangebot Rechnung getragen. Ergänzend hierzu hat das Versorgungswerk – wie in den Vorjahren – im Jahr 2015 den Mitgliedern in den Staatsvertragsländern im Rahmen der Sprechtage eine individuelle Beratung angeboten.

Die Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs über zwei Normenkontrollanträge, die gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 bei der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung erhoben worden sind – die Bayerische Apothekerversorgung hat eine vergleichbare Anhebung vorgenommen – sind im Jahr 2013 ergangen: Der VGH hat die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 für zulässig erachtet. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht die Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs aufgrund eines Formfehlers aufgehoben und an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurückverwiesen hat, fanden am 28. April 2015 erneut mündliche Verhandlungen in diesen Verfahren statt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigte aufgrund dessen wiederum die Gültigkeit der Änderungssatzung zur Einführung der Rente ab 67 und wies beide Normenkontrollanträge ab. Die Antragsteller haben gegen diese zweite Entscheidung wiederum Beschwerde eingelegt; die Entscheidung darüber ist abzuwarten.

Drei Normenkontrollklagen wurden im Berichtsjahr gegen die Änderung des Finanzierungssystems bei der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung (die Bayerische Apothekerversorgung hat eine vergleichbare Änderung vorgenommen) erhoben; auch hier ist die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs abzuwarten.

Eine wichtige Aufgabe kommt dem regelmäßigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Apothekerversorgungswerken in Deutschland zu. Er eröffnet die Möglichkeit, gemeinsame Interessen abzustimmen und zu fördern sowie versorgungspolitische und versorgungstechnische Entwicklungen frühzeitig zu diskutieren und zu koordinieren. Zentrales Thema der Treffen war – neben den üblichen Informationen zu den Bestandszahlen und den aktuellen Themen in den einzelnen Versorgungswerken – die anhaltenden Niedrigzinsphase und die sich daraus für die einzelnen Versorgungswerke ergebenden Handlungsnotwendigkeiten.
Der Meinungs- und Informationsaustausch mit den anderen Apothekerversorgungswerken sowie der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) wurde daher im Rahmen der sogenannten Ständigen Konferenz und der Mitgliederversammlung fortgesetzt.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Nach der mittlerweile schon jahrelangen Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten wurden von vielen Investoren in 2015 wieder größere Schwankungen erwartet. Die ungeklärte Situation in Griechenland und damit der Eurozone, die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten, der anstehende Kurswechsel der FED: Dies waren nur einige Beispiele der Unwägbarkeiten, welche die Anleger zu Jahresbeginn 2015 beschäftigte.

Jedoch stiegen die Kurse in den ersten Monaten des Jahres 2015 weiter. Die weitere Öffnung des chinesischen Aktienmarktes trieb die dortigen Kurse in neue Höhen. Der sinkende Ölpreis und Aussagen des EZB-Präsidenten, man überlege, die lockere Geldpolitik zur Bekämpfung einer Deflation sogar noch auszuweiten, führten auch in Europa zu neuen Kurshöchstständen. Ein möglicher GREXIT und die Ankündigung der Schweizer Notenbank, die Bindung des CHF an den EUR aufzugeben, sorgten nur tagesweise für Irritationen. Auch die Ukrainekrise führte nur kurzfristig zu rückläufigen Kursen. Im Sommer kehrten dann Ängste um die chinesische Konjunktur und die Auswirkungen einer Zinserhöhung der amerikanischen Notenbank zurück und drückten die Kurse. Im Nahen Osten verschärfte sich die Lage und die Flüchtlingsströme nahmen an Intensität zu. Dank massiver Geldspritzen durch die Politik und die Notenbank konnten die chinesischen Kurse stabilisiert werden. Seit dem 12. Juni 2015 war der chinesische Aktienmarkt zwischenzeitlich um 28 % eingebrochen, was über drei Billionen Euro an Marktkapitalisierung auslöschte. Zum Jahresende belasteten die Terroranschläge in Paris die Märkte. Außerdem kamen wieder Sorgen um das chinesische Wachstum auf, was auch zu sinkenden Notierungen an den Rohstoffmärkten führte.

Die Entwicklung der Aktienmärkte war schließlich geprägt von großen regionalen Unterschieden. Während Aktien aus der Eurozone von dem sinkenden Ölpreis, einem stär-

keren Dollar und einer Stabilisierung der Eurozone profitieren konnten, wirkten sich diese Faktoren belastend auf den amerikanischen Markt und die Schwellenländer aus. Mit ihrer Zinsentscheidung vom 16. Dezember 2015 hob die US-Notenbank den Zielkorridor für den Leitzins Federal Funds Rate von 0 % bis 0,25 % um einen viertel Prozentpunkt auf 0,25 % bis 0,5 % an. Damit endete die Nullzinsperiode in Amerika, die Ende 2008 begann. Dies festigte den Dollar, was für einige Schwellenländer eine höhere Dollar-Verschuldung bedeutet. Gegenüber dem Euro wertete der Greenback um rund 10 % auf. Insgesamt haben sich global diversifizierte Aktienengagements ausgezahlt.

Auch am Rentenmarkt brauchten die Anleger starke Nerven. Nachdem das Anfang März gestartete Ankaufsprogramm der EZB die Staatsanleihenrenditen zunächst auf neue Allzeittiefs gedrückt hatte (10-jährige Bundesanleihen rentierten zeitweise nur noch mit 0,05 %), setzte Ende April eine deutliche Gegenbewegung nach oben ein. Auch die beiden Monate Mai und Juni 2015 waren geprägt von starken Kursverlusten an den Rentenmärkten und damit einhergehend mit einem starken Rendite- und Volatilitätsanstieg. Erst als die Verhandlungen der europäischen Finanzminister mit Griechenland zu scheitern drohten, war wieder eine Flucht in Qualität zu beobachten, was die Renditen wieder etwas nach unten drückte. Die weitere Begründung hierfür war im Wesentlichen auf die heftigen Aktienmarktturbulenzen, insbesondere in China, wo sich der Aktienmarkt seit Mitte des Jahres um über 40 % in der Spitze korrigiert hatte, zurückzuführen. Traditionell gelten in solch einem Umfeld die deutschen Bundesanleihen als sicherer Hafen. Am Jahresende erhöhten die Zinswende in den USA und Gewinnmitnahmen die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, so dass diese am Jahresende um 16,27 % höher stand als noch ein Jahr zuvor (0,629 % vs. 0,541 %). Die Renditeaufschläge der Peripheriestaaten blieben im Jahresvergleich nahezu unverändert. Nachdem sie im ersten Halbjahr teilweise stark angestiegen waren, verringerten sie sich in der zweiten Jahreshälfte wieder erheblich.

Ein weiteres wichtiges Ereignis an den globalen Finanzmärkten stellte der deutliche Einbruch des Ölpreises dar. Der Preis für die europäische Ölsorte Brent vergünstigte sich um 44 % und notierte zum Jahresende bei einem Kurs von circa 34 US-Dollar für ein Barrel (rund 159 Liter). Der Preisrückgang beim Öl strahlte auch auf weitere Rohstoffe des Energiesektors ab. Der breite CRB-Rohstoffindex verzeichnete einen Rückgang von knapp 25 %.

Im Immobilienbereich war das letzte Jahr in Deutschland erwartungsgemäß ein sehr starkes Investmentjahr mit rd. 55 Mrd. Euro Umsatz im Gewerbe- und rd. 30 Mrd. Euro Umsatz im Wohnimmobiliensegment. Im Einzelhandel stagniert die Flächennachfrage, unter anderem bedingt durch die Konkurrenz des E-Commerce. Davon ausgenommen sind die stark nachgefragten Top-Einzelhandelslagen. Der Vermietungsmarkt im europäischen Raum erholt sich weiter. Die Flächenabsorption stieg um 16 % innerhalb eines Jahres, während die Leerstandsrate in den größten europäischen Städten fiel. Unterstützt von dem niedrigen Zinsumfeld und dem schwachen Euro war 2015 die Nachfrage nach europäischen Immobilieninvestitionen nochmals höher als im Jahr 2014. Allerdings geraten auch hier die Renditen unter Druck.
Am nordamerikanischen Immobilienmarkt bleiben die Kapitalzuflüsse hoch, weshalb in 2015 voraussichtlich ein Rekordvolumen an Immobilientransaktionen erreicht wurde. Besonders in Kanada sorgten die, auf Allzeittief stehenden, Kreditzinsen und die zunehmende Nachfrage ausländischer Investoren nach Core Immobilien für Anfangsrenditen nahe der Rekordtiefstände.
In Asien lockte der hohe Renditeunterschied von Anleihen und Immobilien viele Anleger in das Segment. Hier konnten weiterhin attraktive Renditen, vor allem aufgrund der allgemein guten Mietnachfrage, erwirtschaftet werden.

Zugehörigkeit zu Verbänden

Die Bayerische Apothekerversorgung ist Mitglied der 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV). Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, gemeinsame Interessen der berufsständischen Versorgungswerke zu wahren und zu fördern.

2. Geschäftsentwicklung

Überblick über das Geschäftsjahr

Im Jahr 2015 konnte die Bayerische Apothekerversorgung einen Anstieg des Beitragsaufkommen um 2,8 Mio. Euro (+ 1,4 %, Vorjahr: + 3,2 %) auf 208,3 Mio. Euro verzeichnen. Die Nettoerträge aus Kapitalanlagen stiegen um 7,4 Mio. Euro (+ 2,6 %, Vorjahr: + 3,0 %) auf 292,6 Mio. Euro. Die Versorgungsleistungen – ohne Regulierungskosten und ohne Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – erhöhten sich um 11,9 Mio. Euro (+ 5,3 %, Vorjahr: + 6,2 %) auf 237,8 Mio. Euro. Die Kapitalanlagebestände stiegen um 285,1 Mio. Euro (+ 3,8 %, Vorjahr: + 3,4 %) auf 7.823,6 Mio. Euro.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind von 7.649,3 Mio. Euro auf 7.902,3 Mio. Euro (+ 3,3 %, Vorjahr: + 3,5 %) gestiegen. Sie dienen dazu, die Versorgungsleistungen dauerhaft erfüllen zu können.

Wesentliche Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Zum 1. Januar 2015 wurde gemäß Beschluss des Landesausschusses vom Oktober 2013 das bisherige Finanzierungssystem der Bayerischen Apothekerversorgung – das sogenannte „reine" Anwartschaftsdeckungsverfahren – um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens erweitert. Diese Systemänderung erfolgte, um das Versorgungwerk zukunftsfest aufzustellen und die starke Abhängigkeit von den Kapitalmarktzinsen zu reduzieren.

Parallel zur Umstellung des Finanzierungssystems wurde auch die strategische Kapitalanlageplanung überarbeitet. So wurde insbesondere eine neue Methodik entwickelt, die sowohl verschiedene Zeiträume als auch Kriterien (Ertrags- und Risikokennzahlen) berücksichtigt. Die Umsetzung der neuen strategischen Planung erfolgte Ende 2014 und vor allem 2015.

Die Verfahren vor den Sozialgerichten hinsichtlich der Frage der Befreiungsfähigkeit insbesondere von Industrieapothekern von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten der Apothekerversorgungswerke haben stark zugenommen. Die obergerichtliche Rechtsprechung bleibt abzuwarten.

Ein wesentliches Ereignis war im Jahr 2015 das 90-jährige Bestehen der Bayerischen Apothekerversorgung. Die Jubiläumsfeier fand am 22. Juli 2015 im Gartensaal des Prinzregententheaters statt.

Auf Basis einer grundlegenden Untersuchung der biometrischen Verhältnisse mussten die biometrischen Maßzahlen (Sterblichkeit, Invalidisierungswahrscheinlichkeit etc.) neu justiert werden. Dabei wurden Deckungsmittel in Höhe von 87,6 Mio. Euro freigesetzt. Diese Mittel werden als Reserve zur Finanzierung des erwarteten weiteren Anstiegs der Lebenserwartung in der Zukunft verwendet.

Es bestehen keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Bestandsbewegung

Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten erhöhte sich um 399 (Vorjahr: 318) auf 28.635, die Zahl der Versorgungsempfänger nahm um 436 (Vorjahr: 425) auf 11.383 zu.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
									Witwen	Witwer	Waisen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Euro	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	7.736	20.500	3.872	5.342	209.065.408	1.069	398	266	14.894.888	4.143.718	1.322.324
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	326	842	222	356	14.951.630	88	38	39	1.265.198	317.462	157.060
2. sonstiger Zugang	1	4	–	–	–	–	–	15	–	–	69.631
3. gesamter Zugang	327	846	222	356	14.951.630	88	38	54	1.265.198	317.462	226.691
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	19	12	104	100	3.702.761	42	17	–	410.140	99.541	–
2. Beginn der Altersrente	215	336	–	–	–	–	–	–	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	3	17	–	–	–	–	–	–	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	1	4	43.451	–	5	48	–	48.275	206.455
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	54	116	–	–	–	–	–	–	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
7. sonstiger Abgang	2	–	1	–	203	–	–	–	–	–	–
8. gesamter Abgang	293	481	106	104	3.746.415	42	22	48	410.140	147.816	206.455
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	7.770	20.865	3.988	5.594	220.270.623	1.115	414	272	15.749.946	4.313.364	1.342.560
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	958	1.828	25 *)	25 *)	400.914 *)	–	–	3 *)	–	–	3.846 *)
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

*) davon Leistungsempfänger und Leistungen aufgrund Versorgungsausgleich

Kapitalanlagen

Nach den Ankündigungen der EZB, das Zinsniveau weiter niedrig zu halten und ab März ein Programm für Anleihekäufe zu starten, stand das Anlagejahr 2015 unter dem Motto „die Rentendirektanlage weitestgehend vermeiden". Demzufolge wurden im Berichtsjahr die Investitionen in den Versorgungswerk-Masterfonds weiter ausgebaut und nur ein geringer Teil in festverzinslichen Titeln im Direktbestand investiert.
Im Versorgungswerk-Masterfonds wurde die Anlagepolitik einer breit gefächerten Diversifizierung weiter verfolgt. Auf Jahressicht wurden sämtliche Segmente im Masterfonds weiter gestärkt. Ein Schwerpunkt lag auf dem weiteren Ausbau der Immobilienquote. Hierbei erfolgten Investitionen sowohl bei den Immobilienspezialfonds als auch bei den REITs (hierbei handelt es sich um börsennotierte Immobiliengesellschaften). Weitere Schwerpunkte stellten die Aufstockung der Aktienfonds, die weitere Dotierung von Bank-Loan-Mandaten sowie die Stärkung der Beteiligungsmandate (Private Equity, Infrastructure und Timber) und der Absolute Return Mandate dar.
Die Investitionen im Rentendirektbestand erfolgten überwiegend bei gedeckten Titeln sowie bei Realkrediten und in einem geringeren Umfang wurden Unternehmensdarlehen vergeben.
Das Ergebnis des Versorgungswerk-Masterfonds erreichte ein leicht niedrigeres Niveau als im Vorjahr. Die insgesamt volatilen Finanzmärkte sorgten dafür, dass vor allem die taktischen und Absolute Return- Ansätze mit ihren Ergebnissen hinter den Erwartungen zurück blieben. Zum guten Ergebnis trugen vor allem die Beteiligungsmandate sowie die Aktien- und Immobilienfonds bei.

Die Ausschüttungen aus dem Versorgungswerk-Masterfonds betrugen insgesamt 128,69 Mio. Euro; der Beitrag für die Nettorendite beträgt somit 1,68 %-Punkte. Auf Basis des durchschnittlich eingesetzten Kapitals im Versorgungswerk-Masterfonds beträgt die Ausschüttungsrendite nach Buchwerten 4,26 %.
Zum Jahresende 2015 waren im Versorgungswerk-Masterfonds 17 Wertpapierspezialfonds und 8 Immobilienspezialfonds enthalten, in denen auf Basis der Buchwerte rund 43,3 % der Kapitalanlagen investiert sind. Insgesamt haben wir derzeit 121 Managementmandate vergeben.

Bei den festverzinslichen Rententiteln in unserem Direktbestand machten staatsnahe Emittenten sowie gedeckte Anlagen die größte Position aus. Der gesamte Anteil der festverzinslichen Titel an den gesamten Kapitalanlagen belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 51,4 %.
In der Direktanlage haben wir im Geschäftsjahr keine derivativen Finanzgeschäfte getätigt.

Insgesamt konnten wir Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 329,6 Mio. Euro (Vorjahr: 300,9 Mio. Euro) verzeichnen. Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen ergibt sich für 2015 ein Nettoertrag von 292,6 Mio. Euro (Vorjahr: 285,2 Mio. Euro).

Für erstrangige Darlehen der HETA (vormals Hypo Alpe Adria mit Gewährträgerhaftung des Bundeslandes Kärnten) wurden aufgrund der zum Berichtserstellungszeitpunkt noch andauernden und im Ergebnis nicht absehbaren Verhandlungen zwischen Schuldner und Gläubigern aufgrund einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung außerordentliche Abschreibungen in Höhe von 50 % vorgenommen.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, d. h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher ordentlicher und außerordentlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,81 % (Vorjahr: 3,85 %).

Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen, errechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. empfohlenen Methode, betrug 4,09 % (Vorjahr: 3,75 %).

Der für versicherungsmathematische Zwecke ermittelte technische Zinssatz lag über dem Mischrechnungszins der Anwartschaftsverbände.

Kosten

Die auf die Beitragseinnahmen bezogenen Betriebskosten ergeben für das Berichtsjahr einen Betriebskostensatz von 2,09 %.

Der insbesondere auch die Erträge aus Kapitalanlagen berücksichtigende Gesamtkostensatz beträgt 2,03 %.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Versicherungstechnisch konnte ein positives Jahresrohergebnis (3.912.481 Euro) festgestellt werden. Das sonstige Ergebnis beläuft sich auf -1.857.120 Euro. Der Jahresüberschuss betrug 1.078.000 Euro, dieser wurde vollständig in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Zusammenfassende Einschätzung des Vorstands

Trotz der Niedrigzinsphase, die auch das Berichtsjahr dominiert hat, und der sehr volatilen Finanzmärkte konnte insgesamt ein Anlageergebnis erreicht werden, das die Mindestzinsanforderung überschritt und zu einem Zinsüberschuss führte. Aus den Überschüssen der Anstalt konnte auch ein weiterer Ausbau der Sicherheiten finanziert werden.

3. Risikobericht

Risikomanagement

Die Bayerische Versorgungskammer verfügt über einen ganzheitlichen Risikomanagementansatz, bei dem die Risiken identifiziert, analysiert und bewertet sowie laufend überwacht werden. Ausgangspunkt sind dabei unsere übergeordneten Ziele, die in der Geschäftsstrategie festgelegt werden und folgenden Kategorien zugeordnet sind:

Hieraus wird unsere Risikostrategie abgeleitet, die den Umgang mit den Risiken vorgibt und die Grund¬sätze der Risikosteuerung beschreibt.

Das Risikomanagement ist als wichtiger Bestandteil unserer Unternehmenssteuerung etabliert. Hierzu haben wir eigene interne Risikomanagement-Leitlinien aufgestellt, nach welchen wir unser Handeln ausrichten. Die praktische Umsetzung des Risikomanagements läuft nach folgendem Prozess ab:

Risikoidentifikation

Neben dem operativen Geschäft beobachten wir auch aktuelle Entwicklungen, etwa im Bereich des Kapitalmarktes, der Gesetzgebung oder der Informationstechnologie, um auf Veränderungen rechtzeitig und angemessen reagieren zu können. Diese Aufgabe erfüllen Spezialisten der Bereiche Mathematik, Kapitalanlagen, Informationsverarbeitung und Service sowie der Geschäftsbereiche. Somit haben wir die Risikoverantwortung dezentralisiert und auf die operativen Einheiten verteilt, was uns eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Risiken erlaubt.

Die identifizierten Risiken werden systematisch erfasst und den nachfolgenden Risikokategorien zugeordnet.

Risikoanalyse und Bewertung

Die Risiken werden grundsätzlich im Rahmen von Risikoinventuren regelmäßig analysiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihres Verlustpotentials bewertet. Hierbei fließen u. a. die Erkenntnisse aus den Asset-Liability-Untersuchungen sowie die versicherungsmathematischen Berechnungen und Simulationen verschiedener Szenarien ein.

Risikosteuerung

Im Rahmen der Risikosteuerung legen wir zunächst den Umgang mit den Risiken fest (Reduzieren, Eliminieren, Überwälzen – z. B. auf Versicherungen – oder Akzeptieren). Im zweiten Schritt werden geeignete Maßnahmen ermittelt und beschrieben sowie deren Umsetzungsgrad im Risikomanagement-System dokumentiert.
Im Rahmen der regelmäßigen Ertrags- und Risikoanalysen wird im Jahresverlauf überprüft, ob mit dem gewählten Kapitalanlageportfolio die gesetzten Ziele sowie die aktuariellen Mindestanforderungen erfüllt werden können. Diese sind somit Entscheidungsgrundlage für die Festlegung der Allokation. Ferner findet eine regelmäßige Überprüfung der Kapitalanlageplanung statt, ob im Hinblick auf Marktveränderungen Anpassungen notwendig sind.

Risikoüberwachung

Die laufende Überwachung der Risiken ist ein fester Bestandteil unserer Managementaufgaben. Mit Hilfe von regelmäßigen, EDV-gestützten Risikoinventuren aktualisieren die Risikoverantwortlichen den gegenwärtigen Stand der Risikosituation und dokumentieren diesen. Für die Ertrags- und Risikoanalysen im Kapitalanlagebereich werden monatlich stochastische Szenarien über einen Projektionszeitraum von fünf Jahren verwendet. Mit Hilfe dieser stochastischen Simulationen werden aktiv- und passivseitige Projektionen vorgenommen, ausgewertet und in einem Limitsystem dargestellt. Zur Überprüfung der langfristigen Finanzierbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen wird zusätzlich ein Limitsystem mit einem 30-jährigen Betrachtungszeitraum verwendet.

Risikoberichterstattung

Durch eine unternehmensweite Koordination der Risikoberichterstattung wird ein umfassender Überblick über die gesamte Risikosituation der Versorgungseinrichtung ermöglicht. Über Visualisierungen mittels Limitsystem und Risikomatrix können die wesentlichen Risiken frühzeitig erkannt und geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

Risikosituation der Bayerischen Apothekerversorgung

Nachfolgend werden die wesentlichen Risiken beschrieben.

Versicherungstechnische Risiken

Die satzungsrechtlichen bzw. gesetzlichen Leistungsverpflichtungen binden unsere Versorgungseinrichtungen langfristig. Die Rahmenbedingungen können sich aber immer wieder ändern und von den Annahmen des versicherungsmathematischen Geschäftsplans abweichen. Die sich daraus ergebenden Risiken frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ist ein wichtiger Teil des Risikomanagements. Sollten die tatsächlichen Entwicklungen insbesondere der Kapitalrendite, der Lebenserwartung und des Bestands von den Rechnungsgrundlagen erheblich abweichen, sind mittelfristig Korrekturen des Verhältnisses von Beiträgen und Leistungen erforderlich. Hierzu gehört auch die Überprüfung des Rechnungszinses.

Rechnungszinsrisiken werden darin gesehen, dass der Rechnungszins, der für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unterstellt wird, eventuell in der Zukunft nicht erwirtschaftet wird. Dabei können Unterschreitungen temporär auftreten z. B. durch Kapitalmarktcrashs. Problematischer wären allerdings dauerhafte Rechnungszinsunterschreitungen aufgrund eines Anhaltens der Niedrigzinsphase. In diesem Fall wäre eine Anpassung des Rechnungszinses notwendig. Über diese grundlegende Rechnungszinsanforderung hinaus sollte noch ein ausreichender Abstand zwischen Kapitalverzinsung und Rechnungszins bestehen, um aus den Überschüssen eine angemessene Dynamisierung zu finanzieren.

Zur Überprüfung des Risikos aus Abweichungen zwischen Kapitalanlagenverzinsung und Rechnungszins werden im Bereich Kapitalanlagen Kennzahlen für einen Zeitraum von maximal fünf Jahren berechnet, im Bereich Mathematik längerfristige Kennzahlen mit Betrachtungszeiträumen von 10 und 30 Jahren. Diese Kennzahlen werden mit einem Ampelsystem überwacht. Darüber hinaus werden die langfristigen Risiken durch gemeinsame Asset-Liability-Untersuchungen der Bereiche Kapitalanlagen und Mathematik analysiert. Sollten die Untersuchungen ergeben, dass der Rechnungszins geändert werden müsste, wären entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Um den derzeitigen versicherungstechnischen Risiken, insbesondere denen aus der Kapitalanlage, Rechnung zu tragen, hat die Anstalt das bisherige Finanzierungssystem um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens erweitert. Damit wurde die erforderliche

Risikotragfähigkeit der Anstalt im ausreichenden Maße hergestellt.

Biometrischen Risiken, insbesondere aus der Verlängerung der Lebenserwartung, tragen wir Rechnung, indem wir die Bestandsentwicklung laufend beobachten und die Rechnungsgrundlagen zur Berücksichtigung aktueller Entwicklungen anpassen. Sollten die gewonnenen Erkenntnisse dies erfordern, werden die versicherungstechnischen Rückstellungen entsprechend erhöht und das Beitrags-Leistungs-Verhältnis (Verrentungssatz) entsprechend abgesenkt.

Kapitalanlagerisiken

Für die Bayerische Apothekerversorgung gehört die Umsetzung einer risikokontrollierten und verantwortungsbewussten Kapitalanlagestrategie zu den wichtigsten Unternehmenszielen. Damit soll die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen erreicht werden. Dementsprechend sorgfältig planen wir die Investitionen in die diversen Anlageklassen. Etwaige Zinsrisiken und deren mögliche Auswirkungen auf den Kapitalertrag versuchen wir frühzeitig auf der Basis von Asset-Liability-Untersuchungen abzuschätzen. Die Risiken einzelner Kapitalanlagen, ausgelöst durch negative Entwicklungen auf den Kapitalmärkten (Marktrisiko) oder bei einzelnen Emittenten (Bonitätsrisiko), liegen vor allem in einem dauerhaften Wertverlust einer Anlage. Unsere Kapitalanlageexperten steuern diese Risiken durch eine Reihe von Maßnahmen. Vor allem durch eine entsprechende Mischung und Streuung der Investments sowohl über Anlageklassen als auch über Emittenten vermeiden wir Konzentrationsrisiken und somit eine zu große Abhängigkeit von einzelnen Anlageklassen oder Emittenten. So wird z. B. das Emittentenrating der im Direktbestand gehaltenen festverzinslichen Titel laufend überwacht und regelmäßig berichtet. Auch nach den im Berichtsjahr erneut erfolgten Ratinganpassungen bei vielen Emittenten weisen 83,4 % der Anlagen ein Rating von A oder besser auf.

Emittenten der von uns gehaltenen Schuldscheine und Namenspapiere sind zum überwiegenden Teil Bund, Länder, öffentlich-rechtliche sowie privatrechtliche Kreditinstitute innerhalb der EU, wobei der Anteil deutscher Emittenten dominiert. Für den Großteil der festverzinslichen Wertpapiere sehen wir aktuell kein erhöhtes Risiko, da auch hier der Anteil der Emittenten mit guter und sehr guter Bonität überwiegt. In der Direktanlage haben wir keine Staatsanleihen der europäischen Peripheriestaaten gekauft bzw. im Bestand.

Weitere Maßnahmen betreffen die Optimierung der Assetklassen (= Anlageklassen), die genaue und ständige Analyse der Kapitalmärkte sowie Simulationsrechnungen zu möglichen Entwicklungen der Anlageklassen und deren Auswirkungen auf stille Reserven bzw. außerordentliche Abschreibungen. Hierbei führen unsere Experten Szenarioberechnungen sowohl für kurz- als auch für langfristige Zeiträume durch. Die Weiterentwicklung unseres Systems zur Analyse von Ertrags- und Risikokennzahlen bietet uns die Möglichkeit, auf einer gemeinsamen Plattform vielfältige Untersuchungen sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite durchzuführen.

Wesentliche Risiken aus dem Ausfall von Forderungen bestehen nicht. Denn die Forderungen betreffen großteils Beitragsforderungen, die i. d. R. aus der Stichtagsbetrachtung zum Jahreswechsel resultieren und im Januar beglichen werden. Weitere Forderungen bestehen bei den Miet- und Nebenkosten aus Haus- und Grundbesitz und werden eng überwacht. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bayerischen Apothekerversorgung sind diese von untergeordneter Bedeutung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nach dem Risikomanagementsystem ProKoRisk keine sehr hohen Risiken im Bereich der Kapitalanlagen bestehen. Jedoch besteht das hohe Risiko des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Emittenten bei langfristigen Kapitalanlagen.

Im Zuge der Finanz- und europäischen Schuldenkrise haben die Emittentenrisiken deutlich zugenommen.

Im Laufe der Zeit konnte aber eine deutliche Entspannung an den Märkten festgestellt werden.
Hauptverantwortlich hierfür war die Aussage der EZB, wonach diese bereit ist, alles Nötige für die Rettung des EUR zu unternehmen. Darüber hinaus hat die EZB zwischenzeitlich auch ein Quantitative Easing Programm in Höhe von 1,14 Billionen EUR beschlossen, um den Außenwert des EUR zu drücken und die Zinsen und somit die Refinanzierungsbedingungen für die Krisenstaaten (insbes. Italien und Spanien) auf niedrigem Niveau zu halten. Inzwischen zeigen sich in diesen Ländern deutliche Anzeichen einer Stabilisierung. Auch die EZB bleibt mit ihrer Geldpolitik weiter expansiv und hat für Anfang Dezember 2015 weitere geldpolitische Lockerungsmaßnahmen in Aussicht gestellt.
Das systemische Risiko bleibt aus unserer Sicht trotzdem weiterhin auf hohem Niveau, insbesondere auch weil Gläubiger durch die neuen Bail-In-Regelungen zukünftig verstärkt zur Verlustbeteiligung herangezogen werden können, weswegen auch die Ausfallwahrscheinlichkeit (komplett oder teilweise) einzelner Emittenten weiter fortbesteht. Um diesem Risiko angemessen zu begegnen, werden die Emittenten laufend beobachtet. Zudem weist das Kapitalanlagenportfolio eine hohe Diversifizierung mit einer Vielzahl von Emittenten auf. Ergänzend hierzu wurden auch die Mindestratinganforderungen an die Emittenten angehoben.

Operationelle Risiken

Wesentlicher Erfolgsfaktor sind kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese zu gewinnen und zu binden ist eine kontinuierliche Herausforderung, vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des intensiven Wettbewerbs am Arbeitsmarkt. Insofern besteht das Risiko, dass Leistungsträger das Unternehmen verlassen und mit ihnen Fachwissen verloren geht. Kurzfristige negative Auswirkungen der Fluktuation werden durch entsprechende Stellvertreterregelungen, angemessene Prozessdokumentationen und eine konsequente Nachfolgeplanung minimiert. Um dem Verlust von Fach- und Führungskräften auch weiterhin erfolgreich entgegenzusteuern, bieten wir sichere Arbeitsplätze mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten, eine Vergütung auf der Grundlage der für den öffentlichen Dienst gültigen Tarifverträge und eine betriebliche Altersvorsorge. Neben flexiblen Arbeitszeiten, individuellen Teilzeitmodellen und weiterer Unterstützung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktives Arbeitsumfeld. Hierzu gehören u. a. ein umfassendes Fortbildungsangebot, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie verschiedene Sozialleistungen. Das Prinzip der Vielfalt und Gleichbehandlung aller Mitarbeiter unterstützt uns dabei, die besten Fach- und Führungskräfte für unser Unternehmen zu gewinnen und langfristig an uns zu binden.

Von zentraler Bedeutung ist auch eine sichere und zukunftsfähige Informationstechnologie. Den Risiken eines Systemausfalls sowie eines Ausfalls technischer Einrichtungen begegnen wir u. a. durch regelmäßige Datensicherung und den Betrieb eines Backup-Rechenzentrums, das die schnelle Wiederherstellung von Daten und Anwendungen ermöglicht. Diese sind durch Zugriffsberechtigungen umfassend geschützt. Nicht zuletzt sichern Firewall-Systeme und Security-Gateways unsere IT-Infrastruktur gegen externe Angriffe. Im Übrigen orientiert sich die BVK in Fragen der Informationssicherheit an den Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Einheitliche Standards für Überwachungs- und Kontrollprozesse, wie etwa das Vier-Augen-Prinzip, gewährleisten auch für die organisatorischen Abläufe ein hohes Sicherheitsniveau.

Die grundlegenden Änderungen im Bereich der Altersversorgungspolitik haben ebenfalls Einfluss auf die Bayerische Apothekerversorgung. Daher beobachten wir Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch, um frühzeitig auf Änderungen reagieren zu können. Zudem setzt sich die Bayerische Apothekerversorgung über die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) im politischen Meinungsbildungsprozess aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder und Versicherten ein.

Zusammenfassende Einschätzung der Risikolage

Dank der positiven Entwicklung des Masterfonds in 2015 konnte die Reservesituation leicht verbessert werden. Auf längere Sicht macht sich aber nach wie vor die geringe Verzinsung bei der Neu- bzw. Wiederanlage im verzinslichen Direktbestand negativ bemerkbar.
Das Risiko, die Mindestzinsanforderung nicht erreichen zu können, ist daher weiter als hoch anzusehen. Mit der zum 1. Januar 2015 erfolgten Erweiterung des bisherigen Finanzierungssystems um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens ist das Versorgungwerk allerdings zukunftsfest aufgestellt. Die nunmehr zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten gewährleisten, dass die Funktionsfähigkeit des Versorgungswerks sowohl im Falle nur kurzfristig wirkender Kapitalmarktereignisse als auch im Falle einer lange andauernden und/oder sich sogar noch verschärfenden Niedrigzinsphase erhalten bleibt.

4. Prognosebericht

Bestandsentwicklung

Der Neuzugang an Mitgliedern verlief in den letzten Jahren ziemlich konstant; mit größeren Veränderungen ist nicht zu rechnen. Die Anzahl der Versorgungsempfänger wird entsprechend der Altersstruktur des Bestandes in vorhersehbarem Rahmen ansteigen. Hierdurch bedingt wird die Gesamtzahl der aktiven Mitglieder auf hohem Niveau weitgehend stagnieren. In der Zusammensetzung des Bestandes ist in den letzten Jahren eine Verschiebung zugunsten der angestellt tätigen Mitglieder sowie eine konstant ansteigende Quote der weiblichen Mitglieder festzustellen. Für das Geschäftsjahr 2016 werden die Zugangszahlen im Aktivenbestand voraussichtlich über denen des Geschäftsjahres 2015 liegen. Die Anzahl der Versorgungsempfänger wird im Geschäftsjahr 2016 deutlich zunehmen.

Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten insgesamt, d. h. der aktiven Mitglieder sowie der Anwartschaftsberechtigten aus früherer Mitgliedschaft bzw. aus Versorgungsausgleich wird daher im Geschäftsjahr 2016 auch weiterhin steigen.

Beiträge

Die Entwicklung des Beitragsaufkommens im Bereich der Pflichtbeiträge wird aufgrund der allgemeinen maßgeblichen Einflussfaktoren (Mitgliederwachstum, Einkommenssituation, Beitragssatz und Beitragsbemessungsgrenze) weiterhin nur moderate Steigerungsraten aufweisen: Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung blieb zum Jahreswechsel konstant bei 18,7 %. Die Beitragsbemessungsgrenze stieg hingegen um 150 Euro auf 6200 Euro an. Die tarifvertragliche Steigerung der Gehälter der Angestellten zum 1. Januar 2016 dürfte sich auf die Entwicklung des Beitragsaufkommens positiv auswirken. Keine bzw. allenfalls sehr geringe Auswirkung haben die Beitragsübernahmen z. B. seit 1. Januar 2016 bei Krankengeldbezug oder seit 1. Januar 2015 bei Pflegeunterstützungsgeld. Für das Geschäftsjahr 2016 ist mit einem Beitragsaufkommen leicht über dem Wert 2015 zu rechnen.

Versorgungsleistungen/Anwartschaften

Die Steigerungen bei den Versorgungsleistungen werden im Geschäftsjahr 2016 weiterhin deutlich ausfallen und auch über dem Zuwachs im Rentnerbestand liegen, insbesondere wegen der höheren Eingangsrenten des Rentnerneuzugangs. Diesen Eingangsrenten liegen längere Beitragszeiten und damit höhere Beitragszahlungen und Anwartschaften als bei Eingangsrenten der Vorjahre zugrunde. Sie liegen in der Regel auch deutlich über den durch Tod wegfallenden Bestandsrenten, die auf kürzeren Mitgliedschaftszeiten und geringeren Einzahlungen beruhen.

Die Anwartschaftsanteile, die sich aus der verringerten Verrentung der Beitragszahlungen ab 1. Januar 2006 bzw. 1. Januar 2010 ergeben und denen ein geringerer Rechnungszins zugrunde liegt (3,25 % bzw. 2,5 %), spielen von der Gewichtung der Rentenhöhe noch eine untergeordnete Rolle. Die Absenkung zeigt allerdings jetzt schon eine stärkere Wirkung bei dem künftigen Niveau des Ruhegelds bei Berufsunfähigkeit.

Kapitalanlagen

Die ersten großen Themen für das neue Jahr sind gesetzt und machen deutlich, dass auch 2016 sowohl politisch als auch ökonomisch kein einfaches Jahr wird. Der Ausstieg Großbritanniens aus der EU wird die Kapitalmärkte noch länger beschäftigen, in den USA wird ein neuer Präsident gewählt und auch die politischen Brandherde in der islamischen Welt sowie die Wachstumssorgen um die Schwellenländer China, Brasilien und Russland erschweren die Prognosen erheblich. Sicher scheint, dass sich die Geldpolitik im Euroraum und den USA gegenläufig bewegen wird. Während die EZB mit ihren Anleihekaufprogrammen bis mindestens September dieses Jahres weitere Liquidität in den Markt pumpt, wurde in den USA die Zinswende eingeläutet. Ziel der EZB ist es, die niedrige Inflation in der Eurozone zu bekämpfen und eine deflationäre Entwicklung zu verhindern. Abzuwarten bleibt dabei weiterhin, ob das Geld über die Banken, denen die Zentralbank Anleihen abkauft, in Form von Krediten bei Unternehmen und Verbrauchern ankommt. Die Daten zum Jahresende 2015 deuteten hier den gewünschten Effekt an. Dies könnte Konsum und Investitionen anschieben und damit die Konjunktur in Schwung bringen. Allerdings hat die EZB nur Einfluss auf die Geldpolitik. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Form von Strukturreformen müssen die betroffenen Staaten selbst tätigen.

Auch der Ölpreis steht im bisherigen Jahresverlauf weiter unter Druck und bringt eine Vielzahl der Ölförderländer in finanzielle Schwierigkeiten. Zu Jahresbeginn konnte er sich zwar zeitweise erholen. Die Rückkehr des Iran auf den Weltmarkt wird das Ölangebot jedoch ausweiten und den Ölpreis weiter belasten.

Laut IWF sollte die globale Wirtschaft zwischen 3 % und 4 % wachsen. Die Aussichten für die Schwellenländer trübten sich allerdings ein. So wird für Brasilien und Russland eine Rezession erwartet (beide leiden unter dem niedrigen Ölpreis). In China soll sich das Wachstum auf 6,3 % abschwächen. Indien und die USA werden laut Prognose die Wachstumslokomotiven der Weltwirtschaft mit Wachstumsraten von 7,5 % bzw. 2,8 % sein, von denen auch der Euroraum durch ein leichtes Anziehen des Wachstums auf 1,6 % profitieren dürfte.

Aufgrund der weiterhin niedrigen Zinsen, den ordentlichen Unternehmensgewinnen und den niedrigen Ölpreisen sollten sich die Aktienmärkte zumindest in den entwickelten Ländern positiv entwickeln. Die globalen Anleihenmärkte hingegen scheinen im Vergleich zu den langfristigen Durchschnittswerten mehr denn je überbewertet zu sein und sind damit weniger attraktiv als Aktien. Der US-Dollar wird durch gegenläufige Geldpolitik der Notenbanken gegenüber dem Euro wohl weiter an Wert zulegen.

Auf dem Immobilienmarkt sollte der anhaltende Anlagenotstand in Deutschland auch 2016 zu ähnlich hohen Transaktionsvolumen führen. Dadurch bleibt der Druck auf die Spitzenrenditen bestehen, wobei nur noch geringes Potenzial für weitere Renditekompressionen aufgrund des bereits niedrigen Renditeniveaus zu erwarten ist. Im Wohn- sowie im hochwertigen Büroimmobiliensegment der Metropolregionen wird die anhaltende Flächennachfrage weiterhin zu leicht steigenden Mietpreisen führen. Allerdings ist auch bereits eine nachlassende Dynamik am deutschen Immobilienmarkt zu beobachten. Das Ende des Zyklus kommt in Sicht. Der Ausblick für US-Immobilien bleibt positiv. Die gute Performance

schlägt nun auf den Netto-Mietertrag durch, da auslaufende Mietverträge auf Marktniveau angehoben werden und die Vermietungsquoten steigen. Künftige Aufwertungen von Immobilien werden daher eher von verbesserten Fundamentalfaktoren als von sinkenden Cap Rates angetrieben. Ein wesentlicher Risikofaktor für diesen positiven Ausblick wäre eine konjunkturelle Abkühlung bedingt durch langsameres Wachstum in China und anderen Wachstumsmärkten.
Die neuerlichen Turbulenzen auf dem chinesischen Markt haben sich negativ auf die wirtschaftlichen Prognosen der gesamten Region ausgewirkt, wobei die Auswirkungen je nach Markt unterschiedlich sind. Auf Grund der starken Mietnachfrage in Sydney und Tokyo wird auf dem Büromarkt weiterhin von einem positiven Trend ausgegangen. Trotz der allgemein guten Mietnachfrage in vielen asiatischen Städten wird es durch das größer werdende Angebot an Neuflächen zu steigenden Leerstandsraten kommen. In China, Südkorea, Australien und zu einem gewissen Grad auch in Japan kann durch die quantitative Lockerung der Geldpolitik das Wachstum weiter stimuliert werden. Der höhere Zinsunterschied von Immobilien zu Anleihen wird weiterhin Core-Investoren in das Segment locken. Trotz der sinkenden Anfangsrenditen werden Immobilien in Japan und Australien auf Grund des Mietwachstums attraktive Gesamtrenditen erwirtschaften. Ein „Hard-Landing"-Szenario für China bleibt ein Randrisiko in der Region. Da der HKD an den USD gekoppelt ist, kann die Region allerdings auch durch die straffere Geldpolitik der FED in Turbulenzen geraten.
Bei diesen Rahmenbedingungen sieht unsere Investitionsplanung vor, die Fondsanlage und auch den Immobilien-Direktbestand weiter zu stärken und die Mittel, die in die Rentendirektanlage fließen, möglichst gering zu halten.

Zusammenfassende Einschätzung

Für das Geschäftsjahr 2016 ist mit einem Anstieg des Mitgliederbestands und des Beitragsaufkommens zu rechnen. Insgesamt ist jedoch künftig einerseits mit einem allenfalls moderaten Anstieg des Mitgliederbestands und Beitragsaufkommens bzw. sogar mit einer Stagnation und andererseits mit einem deutlichen Anstieg des Bestands an Versorgungsempfängern zu rechnen. Diese Entwicklung entspricht für das Versorgungswerk den Erwartungen.
Hinsichtlich der Verzinsung der Kapitalanlage ist für das Geschäftsjahr 2016 mit einem etwas niedrigeren Ergebnis als 2014 und 2015 zu rechnen. Diese Einschätzung kann allerdings durch jetzt noch nicht vorhersehbare Entwicklungen an den Kapitalmärkten (negativ) beeinflusst werden.

Damit die Bayerische Apothekerversorgung – trotz der historisch niedrigen Neuanlagezinsen und der weiterhin bestehenden Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten – auch künftig den aktuariellen Anforderungen genügt und die für die Bedeckung der eingegangenen Verpflichtungen erforderliche Rendite erwirtschaftet, wurden Handlungsalternativen entwickelt und das Anwartschaftsdeckungsverfahren wurde zum 1. Januar 2015 um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens erweitert. Diese Änderungen lassen erwarten, dass die Bayerische Apothekerversorgung zukunftsfest aufgestellt bleibt.

Die Kapitalmärkte werden auch künftig in starkem Maße von der geopolitischen Situation sowie von den Aktivitäten der einzelnen Notenbanken geprägt sein, sodass neben Schwankungen auch die weiter extrem niedrige Zinssituation an den Kapitalmärkten auf das Geschäftsergebnis Einfluss nehmen wird. Das Risiko, die Mindestzinsanforderung nicht erreichen zu können, ist daher weiter als hoch anzusehen. Mit der zum 1. Januar 2015 erfolgten Erweiterung des bisherigen Finanzierungssystems um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens ist das Versorgungwerk allerdings zukunftsfest aufgestellt. Die nunmehr zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten gewährleisten, dass die Funktionsfähigkeit des Versorgungswerks sowohl im Falle nur kurzfristig wirkender Kapitalmarktereignisse als auch im Falle einer lange andauernden und/oder sich sogar noch verschärfenden Niedrigzinsphase erhalten bleibt.

Jahresabschluss

C. Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2015

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

AKTIVA	Euro	Euro	Euro	**Euro**	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				**527.703**	1.329.971
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			354.224.690		347.055.838
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen			49.347.377		–
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		3.390.894.860			2.651.768.740
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		18.693.009			28.630.009
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		104.800.000			91.696.721
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	2.399.800.000				2.484.300.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.494.500.000	3.894.300.000			1.935.000.000
5. Einlagen bei Kreditinstituten		11.300.000			–
6. Andere Kapitalanlagen		33.000	7.420.020.869		33.000
				7.823.592.936	7.538.484.308
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: 1. Versicherungsnehmer			3.870.476		4.359.811
II. Sonstige Forderungen			9.569.513		21.246.058
				13.439.989	25.605.869
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			374.441		362.044
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			615.876		4.333.984
III. Andere Vermögensgegenstände			20.417.178		19.451.113
				21.407.495	24.147.141
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			83.792.804		95.807.514
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			14.390.243		11.966.057
				98.183.047	107.773.571
Summe der Aktiva				**7.957.151.170**	7.697.340.860

P A S S I V A	Euro	**Euro**	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gewinnrücklagen Sicherheitsrücklage		**27.370.443**	26.292.443
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen	7.859.583.749		7.609.523.016
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	2.461.959		3.473.341
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	40.236.644		36.319.043
		7.902.282.352	7.649.315.400
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9.856.051		8.877.404
II. Sonstige Rückstellungen	1.889.679		1.810.196
		11.745.730	10.687.600
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber: 1. Versicherungsnehmern	2.620.502		2.646.605
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 151.196 Euro (Vorjahr: 151.227 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 Euro (Vorjahr: 0 Euro)	13.119.712		8.325.749
		15.740.214	10.972.354
E. Rechnungsabgrenzungsposten		**12.431**	73.063
Summe der Passiva		**7.957.151.170**	7.697.340.860

Es wird bestätigt, dass die Rentenbemessungsgrundlage und die versicherungstechnischen Rückstellungen nach dem zuletzt am 29. Februar 2016 genehmigten technischen Geschäftsplan festgelegt worden sind.

München, 25. Juli 2016

Baader
Versicherungsmathematischer Sachverständiger/
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

Posten	Euro	Euro	**Euro**	Vorjahr Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge Gebuchte Beiträge			**208.258.620**	205.443.453
2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen			**6.862.399**	5.440.279
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	22.808.358			24.598.323
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	304.425.336	327.233.694		269.138.317
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.338.000		7.175.070
			329.571.694	300.911.710
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			**7.856**	12.020
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		239.630.720		227.645.057
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		-1.011.381		569.251
			238.619.339	228.214.308
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen			**250.060.733**	252.366.815
7. Aufwendungen für künftige Leistungsverbesserungen			**10.780.000**	9.130.000
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Verwaltungsaufwendungen			**4.348.323**	4.147.274
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		7.404.225		7.511.242
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		29.574.074		8.223.497
			36.978.299	15.734.739
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			**1.394**	7.320
11. Versicherungstechnisches Ergebnis			**3.912.481**	2.207.006

Posten	Euro	Euro	Vorjahr Euro
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	429.224		659.545
2. Sonstige Aufwendungen	2.286.344		1.174.369
		-1.857.120	-514.824
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		**2.055.361**	1.692.182
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		**373.137**	106.944
5. Sonstige Steuern		**604.224**	672.238
6. Jahresüberschuss		**1.078.000**	913.000
7. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage		**1.078.000**	913.000
8. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		**–**	–

Anhang

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechtliche Grundlagen

Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden nach Art. 12 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) i. V. m. § 6 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) unter Berücksichtigung des Finanzierungsverfahrens und in entsprechender Anwendung

- des § 55 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der geänderten Fassung vom 26. März 2007,
- der §§ 238 ff., §§ 341 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung sowie
- der Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung

wie für eine Pensionskasse aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Abschreibungen erfolgen in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften linear.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, Gebäude mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Zusatz- und Sondereinrichtungen in Gebäuden werden regelmäßig einheitlich mit den Gebäuden abgeschrieben. Die planmäßigen Abschreibungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten betragen grundsätzlich 2,5 % p. a. linear auf 40 Jahre. Bei Wohngebäuden beträgt der Abschreibungssatz 1,5 %.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Diese werden zu den Anschaffungskosten bewertet.

Wertpapiere und Anteile

Fondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen sind dem Anlagevermögen zugeordnet und werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen werden mit den um die Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten ausgewiesen. Einbehaltene Disagio-Beträge werden als Passive Rechnungsabgrenzungen geführt und entsprechend der durchschnittlichen Laufzeit anteilig vereinnahmt.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit den um Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden durch Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.
Im Bestand der Bayerischen Apothekerversorgung befinden sich nach IDW RS HFA 22 ausschließlich einfach strukturierte Produkte, welche keiner getrennten Bewertung bedürfen.

Einlagen bei Kreditinstituten

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nennwerten bewertet.

Andere Kapitalanlagen

Andere Kapitalanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet.

Zeitwertermittlung

Die Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen haben wir wie folgt vorgenommen:

1. Die Wertermittlung der Immobilien erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des BauGB, der ImmoWertV vom 19. Mai 2010 und den allgemein anerkannten Richtlinien der Wertermittlung. Die Bewertung wird in der Regel nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren (GDV-Methode II) zum Stichtag 31. Dezember jeden Jahres durchgeführt.
2. Investmentanteile und Inhaberpapiere wurden mit dem Rücknahmepreis bzw. Börsenkurswert zum Bilanzstichtag bewertet.
3. Der festverzinsliche Direktbestand (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, Hypothekenforderungen (Realkredite) und übrige Ausleihungen) wird auf der Grundlage der Swap-Kurve (Euribor vs. 6 Monate) im ERP-System als Standardtransaktion berechnet. Dabei werden die Spreads (Zinsaufschläge) auf gedeckte Namensschuldverschreibungen und Hypothekenforderungen von der DGZ-Rendite für öffentliche, deutsche Pfandbriefe und auch differenzierte Spreads für ungedeckte Namensschuldverschreibungen, Schuldscheine und übrige Ausleihungen berücksichtigt.
4. Die strukturierten Produkte werden durch die Kontrahenten monatlich bewertet. Die Kurse werden auf Basis anerkannter Zinsmodelle ermittelt. Die Bayerische Versorgungskammer verifiziert diese Kurse mit Hilfe eines eigenen Zinsmodells.
5. Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet, da sich seit dem Kauf im Jahr 2015 keine wesentlichen Veränderungen in Bezug auf die Objekt- und damit auch Beteiligungsbewertung ergeben haben.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen werden mit dem Nennbetrag bewertet. Anfallende Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen zu Beitragsforderungen werden bei den entsprechenden Aktivposten abgesetzt. Mietforderungen werden bei Uneinbringlichkeit abgeschrieben; bei Zweifelhaftigkeit werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Verbleibende Mietforderungen werden abhängig von deren Fälligkeit pauschal wertberichtigt.

Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände

Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände werden zum Anschaffungspreis, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Planmäßige Abschreibungen werden in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften vorgenommen.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand, andere Vermögensgegenstände

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie andere Vermögensgegenstände werden grundsätzlich mit den Nennwerten ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die mit dem Nominalbetrag bewerteten Rechnungsabgrenzungsposten enthalten unter anderem Agio- und Disagiobeträge, die über die Laufzeit der zugrunde liegenden Kapitalanlagen ertragswirksam aufgelöst werden.

Sicherheitsrücklage

Die Bayerische Apothekerversorgung hat aufgrund von Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage gebildet. Diese dient der Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versorgungsverhältnissen. Die Mindestzuführung zur Sicherheitsrücklage ist in § 8 der Durchführungsverordnung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) geregelt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan errechnet, wobei die Verlängerung der Lebenserwartung im Rahmen einer stufenweisen Anpassung der biometrischen Rechnungsgrundlagen berücksichtigt wird. Als Grundlage hierfür, insbesondere für die Zunahme der Lebenserwartung, dienen die Richttafeln 2006 G der ABV und eigene Beobachtungen. Die am Bilanzstichtag laufenden Versorgungsleistungen in ihrer ab 31. Dezember 2015 erreichten Höhe und die bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen Anwartschaften der aktiven Mitglieder werden nach den einzelnen Lebensaltern aufgeteilt und mit den geschäftsplanmäßigen Barwerten bewertet. Der Rechnungszins für die Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2006 entstanden sind, beträgt 4 %, für die Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2006 entstanden sind, 3,25 % und für Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2010 entstanden sind (ab dem 1. Januar 2015: Rentenpunkte), 2,50 %. Außerdem enthält die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen eine Rückstellung für Zins, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll. Seit dem Geschäftsjahr 2010 sind geschäftsplanmäßig jährlich Zuführungen zu dieser Rückstellung vorzunehmen.
Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Die eingetretenen, aber noch nicht bekannten Fälle werden versicherungsmathematisch geschätzt. Eingetretene und bekannte, aber noch nicht regulierte Versicherungsfälle werden in einer Einzelfallbetrachtung bewertet.
Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen enthält die für Leistungsverbesserungen thesaurierten Mittel. Sie wird aus dem Jahresrohüberschuss dotiert und verringert sich, wenn Mittel zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen entnommen werden.

Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet.

Nichtversicherungstechnische Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % berechnet. Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem Barwert der Verpflichtung mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % angesetzt.
Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe der zu erwartenden Ausgaben gebildet.

2. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2015

	Bilanzwerte Vorjahr Euro	Zugänge Euro	Umbuchungen Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.329.971	78.600	–	–	–	880.868	527.703
B. Kapitalanlagen							
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	347.055.838	14.742.926	–	–	–	7.574.074	354.224.690
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	–	49.347.377	–	–	–	–	49.347.377
B.III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.651.768.740	739.126.120	–	–	–	–	3.390.894.860
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	28.630.009	–	–	9.937.000	–	–	18.693.009
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenforderungen	91.696.721	36.103.279	–	23.000.000	–	–	104.800.000
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	2.484.300.000	99.000.000	–	183.500.000	–	–	2.399.800.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.935.000.000	37.000.000	–	455.500.000	–	22.000.000	1.494.500.000
5. Einlagen bei Kreditinstituten	–	11.300.000	–	–	–	–	11.300.000
6. Andere Kapitalanlagen	33.000	–	–	–	–	–	33.000
7. Summe B.III.	7.191.428.470	922.529.399	–	671.937.000	–	22.000.000	7.420.020.869
Summe B.	7.538.484.308	986.619.702	–	671.937.000	–	29.574.074	7.823.592.936
Insgesamt	7.539.814.279	986.698.302	–	671.937.000	–	30.454.942	7.824.120.639

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls abzüglich von Abschreibungen bilanzierten Kapitalanlagen beträgt bei den Grundstücken 446,04 Mio. € und bei den restlichen Kapitalanlagen insgesamt 8.356,73 Mio. €.

zu A. Immaterielle Vermögensgegenstände – sonstige

Es handelt sich um gekaufte Software in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer.

zu B. Kapitalanlagen

B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz setzte sich am Bilanzstichtag aus neun Grundstücken mit Wohnbauten, sieben Grundstücken mit Geschäftsbauten sowie einem Grundstück mit unfertigen Bauten zusammen. Der Hausbesitz der Anstalt umfasste zum Jahresende 1.015 Wohnungen, 129 Mieteinheiten für gewerbliche Nutzungen sowie 1.820 Kfz-Abstellplätze. Mit einem Buchwert von 38.014.977 € und einem Marktwert von 35.780.000 € ergaben sich stille Lasten in Höhe von 2.234.977 €. Gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip sind auf Immobilien bei dauerhafter Wertminderung Abschreibungen vorzunehmen (§ 253 Abs. 3 Satz 3 HGB). Diese liegen vor, wenn der Buchwert erheblich vom Verkehrswert abweicht und nicht mittelfristig durch die planmäßigen Abschreibungen wieder erreicht wird. Dies ist für die zum 31. Dezember 2015 im Bestand befindlichen Immobilien nicht der Fall.

B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Der ausgewiesene Betrag betrifft im Wesentlichen den 94,9%igen Anteil an der Objektgesellschaft DUCATO Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Pullach, die nur das Objekt „Kurfürstenhof Heidelberg" hält (49.319.403 €). Das Eigenkapital der KG liegt bei 45.691.493 €. Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 815.594 € erzielt.

Des Weiteren hält die Anstalt den 100%igen Anteil an der Komplementärgesellschaft INOS 15-029 GmbH der oben genannten Objektgesellschaft mit Sitz ebenfalls in Pullach (27.974 €).
Das Eigenkapital der Komplementärgesellschaft beträgt 25.000 €. Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.035 € erzielt.

zu C. Forderungen

C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Dieser Posten umfasst nahezu ausschließlich Beitragsforderungen gegenüber Mitgliedern.
Gemessen am Beitragsaufkommen ist der Außenstandssatz von 2,1 % im Vorjahr auf 1,8 % in 2015 gesunken.

C. II. Sonstige Forderungen

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Forderungen aus dem Haus- und Grundbesitz (7.866.483 €) und gegenüber dem Cash-Pool (1.179.135 €)

zu D. Sonstige Vermögensgegenstände

D. I. Sachanlagen und Vorräte

Der Posten enthält im Wesentlichen die in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer stehende Betriebs- und Geschäftsausstattung der Bayerischen Apothekerversorgung.

D. III. Andere Vermögensgegenstände

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Vorauszahlungen von Versorgungsleistungen (20.322.317 €).

zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

E. I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Die ausgewiesenen Forderungen beinhalten ausschließlich Zinsforderungen, die anteilig abgegrenzt wurden und im folgenden Geschäftsjahr zur Zahlung fällig werden.

E. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind im Wesentlichen der Agio-Bestand aus Schuldscheinforderungen und Darlehen (6.119.562 €) sowie aus Namensschuldverschreibungen (8.233.951 €) enthalten.

Passiva

zu A. Eigenkapital – Sicherheitsrücklage

Die Bayerische Apothekerversorgung bildet aufgrund Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage. Zur Zuführung siehe GuV-Posten II. 7.

zu B. Versicherungstechnische Rückstellungen

	2015 €	2014 €	Veränderung €
I. Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen	7.859.583.749	7.609.523.016	250.060.733
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	2.461.959	3.473.341	-1.011.382
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	40.236.644	36.319.043	3.917.601
Insgesamt	7.902.282.352	7.649.315.400	252.966.952

Die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan aus den Rückstellungen für die zum Bilanzstichtag bestehenden Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern (einschließlich Hinterbliebene), aus der Rückstellung für Zins und aus der Rückstellung für Biometrie gebildet.

Die Rückstellung für Zins als Teil der Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll, erhöhte sich geschäftsplanmäßig auf 176.059.131 € (Vorjahr: 170.499.577 €).

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle verminderte sich auf 2.461.959 € (Vorjahr: 3.473.341 €).

Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen (RkL) gliedert sich in zwei Teile. Die gebundene RkL in Höhe von 8.267.844 € enthält den Teil, der auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugewiesene Überschussanteile entfällt. Das ist der Aufwand für die Dynamisierung der Anwartschaften und Rentenpunkte zum 1. Januar 2016. Der freie Teil der RkL (31.968.800 €) enthält den Teil des Rohüberschusses, der für künftige Leistungsverbesserungen zur Verfügung steht, über dessen Verwendung aber noch nicht entschieden wurde.

zu C. Andere Rückstellungen

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen werden für Beamte bzw. ehemalige Beamte sowie deren Hinterbliebenen aufgrund beamtenrechtlicher Vorschriften gebildet. Die deutliche Erhöhung von 978.647 € ergab sich in erster Linie aus der Senkung des Rechnungszinsfußes von 2,75 % auf 2,25 % sowie aus Bestandsveränderungen.

C. II. Sonstige Rückstellungen

	2015 €	2014 €	Veränderung €
Beihilfe	1.310.278	1.200.032	110.246
Urlaubsverpflichtungen	156.357	170.671	-14.314
Jahresabschlusskosten	141.628	147.480	-5.852
Haus- und Grundbesitz	96.932	78.302	18.630
Überstunden	82.732	83.757	-1.025
Belegaufbewahrung	70.257	77.855	-7.598
Altersteilzeit	9.060	27.552	-18.492
Prozesse	4.231	16.290	-12.059
sonstige Rückstellungen übrige	18.204	8.257	9.947
Insgesamt	1.889.679	1.810.196	79.483

zu D. Andere Verbindlichkeiten

D. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die Verbindlichkeiten beruhen überwiegend auf Beitragsüberzahlungen, die nach dem Bilanzstichtag ausgeglichen werden.

D. II. Sonstige Verbindlichkeiten

Der größte Teil des Bilanzpostens entfällt auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen des Haus- und Grundbesitzes (4.491.135 €), aus Betriebskostenvorauszahlungen (3.218.270 €), aus Mietkautionen (2.445.395 €) sowie aus Heizkostenvorauszahlungen (1.458.632 €).

zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält hauptsächlich die Disagio-Bestände aus Namensschuldverschreibungen (7.777 €).

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

zu I. 1.
Verdiente Beiträge – gebuchte Beiträge

	2015 €	2014 €
Beiträge	208.507.127	205.479.358
Abschreibungen	-350.877	-50.537
Veränderung der Wertberichtigungen	102.370	14.632
Insgesamt	208.258.620	205.443.453

Der Erhöhung des Beitragsaufkommens ergab sich aus der Änderung der Parameter in der gesetzlichen Rentenversicherung (Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze um 100 € auf 6.050 € bei allerdings sinkenden Beitragssatz von 18,9 % auf 18,7 %) und der Tariferhöhung bei den approbierten Angestellten um 1,5 % zum 1. Juli 2014.

zu I. 2.
Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen

Für die Dynamisierung zum 1. Januar 2015 wurden der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen im Bilanzjahr 6.862.399 € entnommen. Der Aufwand für die Dynamisierung zum 1. Januar 2016 ist in der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen gebunden (siehe Passiva B. Versicherungstechnische Rückstellungen).

zu I. 3.
Erträge aus Kapitalanlagen

	2015 €	2014 €
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) aus Grundstücken	22.808.358	24.598.323
bb) aus anderen Kapitalanlagen		
- aus Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	4.274.652	2.178.648
- aus Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	170.361.868	188.195.539
- aus Wertpapieren und Anteilen	129.788.536	78.748.830
- aus Festgeldern, Termingeldern und Spareinlagen bei Kreditinstituten	280	15.300
	327.233.694	293.736.640
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		
- Grundbesitz	–	5.474.570
- Schuldscheindarlehen	1.275.000	–
- Wertpapiere	1.063.000	1.700.500
	2.338.000	7.175.070
Insgesamt	329.571.694	300.911.710

zu I. 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle (einschließlich Regulierungsaufwendungen)

Leistungsart	2015 €	2014 €
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
Altersruhegeld	208.054.289	197.232.965
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	6.452.312	6.517.346
Witwen- und Witwergeld	19.633.093	18.336.962
Waisengeld	1.389.278	1.381.016
Unterhaltsberechtigte	41.040	41.040
Summe laufende Versorgungsleistungen	235.570.012	223.509.329
Abfindungen	173.611	262.194
Versorgungsausgleich	705.688	706.328
Einnahmen aus Regressen	-23.547	-19.959
Beitragsüberleitungen	1.331.367	1.350.495
Reha-Leistungen	1.193	–
Regulierungsaufwand	1.872.396	1.836.670
Summe Zahlungen für Versicherungsfälle	239.630.720	227.645.057
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-1.011.381	569.251
Insgesamt	238.619.339	228.214.308

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle verminderte sich um 1.011.381 € auf 2.461.959 €.

zu I. 6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen – Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen

Der ausgewiesene Erhöhungsbetrag entspricht dem Anwachsen der laufenden Leistungsverpflichtungen und der Anwartschaften.

zu I. 7. Aufwendungen für künftige Leistungsverbesserungen

Zu Lasten des Jahresergebnisses wurden 10.780.000 € der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen zugeführt.

zu I. 8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Dieser Aufwandsposten stellt den Hauptteil der gesamten persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten dar. Weitere Verwaltungskosten sind in den GuV-Posten Nrn. I. 5. a) und I. 9. a) enthalten.

zu I. 9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen

An Kosten für die Verwaltung der Kapitalanlagen sind 2.403.992 € (Vorjahr: 2.487.183 €), an Betriebskosten, Erhaltungsaufwand und sonstigen Kosten für den Grundbesitz 3.261.391 € (Vorjahr: 5.024.059 €) angefallen. Auf Zinserträge für erstrangige Darlehen der HETA (vormals Hypo Alpe Adria mit Gewährträgerhaftung des Bundeslandes Kärnten) wurde eine Abschreibung in Höhe von 1.738.843 € (Abschreibungen auf Zinsforderungen im Vorjahr: 0 €) vorgenommen.

b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Es handelt sich um planmäßige Abschreibungen auf den Grundbesitz in Höhe von 7.574.074 € (Vorjahr: 8.223.497 €).
Auf erstrangige Darlehen der HETA wurden außerplanmäßige Abschreibungen wegen voraussichtlich dauerhafter Wertminderung in Höhe von 22.000.000 € vorgenommen (Abschreibungen auf Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen im Vorjahr: 0 €).

zu II. 1. Sonstige Erträge

In diesem Posten sind im Wesentlichen die Erträge aus den erbrachten Kapitalanlagedienstleistungen für die Sächsisch-Thüringische Apothekerversorgung (351.557 €) enthalten.

zu II. 2. Sonstige Aufwendungen

	2015 €	2014 €
Pensions- und Beihilfeaufwendungen	1.162.628	441.764
Beratungskosten	537.190	107.264
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	239.573	274.643
Verbandsmitgliedsbeitrag	79.897	79.849
Kapitalanlageleistung für Kooperationspartner	55.557	76.755
Aufwandsentschädigungen	48.311	47.754
Kosten des Jahresabschlusses	41.147	42.666
Ausschüsse	39.120	35.284
90-Jahr-Feier BApV	29.701	–
Versicherungsaufsichtsgebühren	26.408	26.836
Zuführung zu den nichtversicherungstechnischen Rückstellungen	–	17.548
Sonstige	26.812	24.006
Insgesamt	2.286.344	1.174.369

zu II. 4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Posten enthält im Wesentlichen ausländische Quellensteuer auf Dividenden aus Wertpapiersondervermögen (199.014 €) sowie die auf Dividendenerträge einbehaltene Kapitalertragsteuer (165.046 €).

zu II. 5. Sonstige Steuern

Hierbei handelt es sich um die Grundsteuer für den Haus- und Grundbesitz der Anstalt.

zu II. 7. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.078.000 € wurde vollständig der Sicherheitsrücklage zugeführt. Die Zuführung entspricht der Mindestzuführung nach § 8 der Durchführungsverordnung zum Versorgungsgesetz.

4. Sonstige Angaben

Persönliche Aufwendungen

	2015 €	2014 €
1. Löhne und Gehälter	4.615.469	4.725.373
2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	782.482	771.761
3. Aufwendungen für Altersversorgung	660.276	300.240
Aufwendungen insgesamt	6.058.227	5.797.374

Bezüge der Organe

Die Organe der Bayerischen Apothekerversorgung sind auf Seite 59 ff. aufgeführt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands der Bayerischen Versorgungskammer richtet sich nach Dienstverträgen in Anlehnung an das bayerische Beamtenbesoldungsrecht, die Bezüge der Beamten nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften, die Vergütung der Angestellten nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Die Versorgungsbezüge der früheren Vorstandsmitglieder entsprechen den Regelungen des bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes.

Die Mitglieder des Landesausschusses sind ehrenamtlich tätig (vgl. Erläuterung zu GuV Posten Nr. II. 2. Sonstige Aufwendungen, Seite 49 des Geschäftsberichts).

Mitarbeiterkennzahlen

Die Geschäftsführung der Bayerischen Versorgungskammer erfolgt gem. Art. 6 Abs. 2 Satz 1 VersoG im organisatorischen, sächlichen und personellen Verwaltungsverbund; dementsprechend sind die in der Bayerischen Versorgungskammer tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitnehmer aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen. Die beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Beamte des Freistaats Bayern.
Die für die Bayerische Apothekerversorgung anzugebende durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter berücksichtigt zum einen die ausschließlich ihr zurechenbaren Beschäftigten und zum anderen den aus der Kostenverteilung rechnerisch abgeleiteten Anteil der für mehrere Versorgungseinrichtungen tätigen Beschäftigten.

Mitarbeiter mit Vergütung

Die Kennzahl wurde unter Berücksichtigung der aufgrund Altersteilzeitvereinbarung freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Durchschnitt der Quartalsstichtage ermittelt.

	2015	2014
Beschäftigte (Beamte und Arbeitnehmer)	94	98
davon befristet Beschäftigte	3	4
davon Teilzeitbeschäftigte	30	30

Mitarbeiter nach Kapazität

	2015	2014
Mitarbeiter nach Kapazitäten	83	86

Tarifvertraglich bedingt sind 40,1 Wochenstunden Basis der Berechnung.

Der Vorstand dankt allen mit der Tätigkeit der Bayerischen Apothekerversorgung befassten Stellen und Gremien für die Unterstützung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von ihnen geleistete Arbeit.

München, den 26. Juli 2016

Bayerische Versorgungskammer
Der Vorstand

Daniel Just

Ulrich Böger

Reinhard Dehlinger

Reinhard Graf

André Heimrich

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerischen Apothekerversorgung, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, die gemäß Art. 12 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung anzuwenden sind, und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 26. Juli 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christofer Hattemer	ppa. Jörg Brunner
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

AQUA
PURIFICATA
BENZIN

Bericht des Landesausschusses

D. Bericht des Landesausschusses

1. Tätigkeit des Landesausschusses

Am 14. Oktober 2015 trat der für die Amtsperiode 2015 - 2018 neu berufene Landesausschuss der Bayerischen Apothekerversorgung zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er erhielt einleitend einen Überblick über die Struktur der Bayerischen Apothekerversorgung und der Bayerischen Versorgungskammer sowie über die Aufgabenverteilung zwischen Landesausschuss, Verwaltungsausschuss, Kammerrat und Versorgungskammer.

Der Landesausschuss wählte aus seiner Mitte Herrn Thomas Benkert zum Vorsitzenden; zu seinen Stellvertretern wurden Herr Dr. Kiefer, Herr Dr. Hanke und Herr Saar gewählt.

Der Landesausschuss wählte darüber hinaus die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsausschusses für die neue Amtsperiode (Ergebnis siehe Teil E).

Der Landesausschuss nahm folgende Berichte zustimmend zur Kenntnis:

- den Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses der Amtsperiode 2011 - 2014 über die Tätigkeit dieses vorberatenden Gremiums seit der letzten Landesausschusssitzung sowie über die Tätigkeit in der abgelaufenen Amtsperiode,
- den Bericht der Geschäftsführung über das Geschäftsjahr und den Jahresabschluss 2014,
- den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur versicherungstechnischen Lage,
- den Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über das Prüfungsergebnis,
- den Bericht der Geschäftsführung zur Kapitalanlage,
- den Bericht der Geschäftsführung über die Wirtschaftsplanung 2016,
- den Bericht aus Kammerrat und Verwaltung (einschließlich des Berichts über die Arbeitsgruppe „Handlungsoptionen").

Er fasste im Übrigen im Wesentlichen folgende Beschlüsse:

- Zum Jahresabschluss und Lagebericht 2014:
  „1. Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 und der Lagebericht sind durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Landesausschuss zu.
  2. Der Landesausschuss billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
  3. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.
  4. Der Landesausschuss stimmt dem Vorschlag der Geschäftsführung für den Bericht des Landesausschusses (Abschnitt D des Geschäftsberichts) für das Jahr 2014 zu."

- Zur Dynamisierung:
  „1. Zum 1. Januar 2016 werden die Anwartschaften, die im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2014 sowie die Rentenpunkte, die im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 erworben wurden und denen ein Rechnungszins von 2,5 % zugrunde liegt, um 0,75 % erhöht.
  2. Die Anwartschaften des Anwartschaftsverbandes 1 (d. h. Anwartschaften, die bis 31. Dezember 2005 erworben wurden), die Anwartschaften des Anwartschaftsverbandes 2 (d. h. Anwartschaften, die zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 31. Dezember 2009 erworben wurden) sowie die laufenden Versorgungsleistungen werden nicht erhöht."

- Zur Wirtschaftsplanung:
  „Der Landesausschuss stimmt der Wirtschaftsplanung 2016 zu."

Ferner wurde die 14. Änderungssatzung beschlossen. Diese sieht zum einen die Anpassung beitragsrechtlicher Vorschriften an die gesetzlichen Neuregelungen zur Beitragsübernahme bei Bezug von Krankengeld und Pflegeunterstützungsgeld und die Anpassung der Vorschriften über die Fälligkeit und Tilgung der Beiträge und Nebenforderungen an die Verwaltungspraxis vor; zum anderen beinhaltet sie die Festlegung des Rentenbemessungsfaktors für das Jahr 2016 auf weiterhin 1,0000. Darüber hinaus beinhaltet sie einige Klarstellungen und redaktionelle Änderungen.

2. Tätigkeit des Verwaltungsausschusses

Der Verwaltungsausschuss trat im Berichtsjahr zu vier Sitzungen zusammen. Ferner fasste er einen Beschluss im schriftlichen Verfahren.

Wesentliche Inhalte waren:

Tagesordnungspunkte in den ersten drei Sitzungen waren der Bericht über die Entwicklung der Kapitalanlagen, die Tätigkeit des Kammerrats und der Verwaltung sowie der Bericht aus dem Umfeld der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen.

Sitzung 19. März 2015
In der Märzsitzung nahm der Verwaltungsausschuss darüber hinaus Berichte

- über die vorläufigen Geschäftsdaten,
- über das vorläufige Kapitalanlageergebnis 2014, die aktuelle Kapitalmarktsituation und die Kapitalanlageplanung 2015 sowie zur Wertpapier- und Immobilienanlage,

entgegen.

Der Verwaltungsausschuss stimmte der taktischen Kapitalanlageplanung zu.

Sitzung 11. Juni 2015
In der Junisitzung wurde der Verwaltungsausschuss neben den Standardthemen darüber informiert, dass die Geschäftsführung eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe „Handlungsoptionen" eingerichtet hat, deren Aufgabe es ist, die nach der Änderung des Finanzierungssystems zum 1. Januar 2015 dem Landesausschuss zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten aufzubereiten und Handlungsoptionen zu erarbeiten und es wurde ihn über den aktuellen Stand der Arbeiten berichtet. Ferner wurde ein Sachstandsbericht zur Festveranstaltung „90 Jahre Bayerische Apothekerversorgung" gegeben.

Sitzung 17. September 2015
Die Sitzung am 17. September 2015 diente hauptsächlich der Vorbereitung der Landesausschusssitzung am 14. Oktober 2015 Darüber hinaus wurde er über den aktuellen Sachstand bezüglich der Arbeitsgruppe „Handlungsoptionen" informiert.

Sitzung 14. Oktober 2015
Der am 14. Oktober 2015 neu gewählte Verwaltungsausschuss kam unmittelbar nach der Landesausschusssitzung zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Einzige Tagesordnungspunkte waren die Wahl des Vorsitzenden und seiner drei Stellvertreter (Ergebnis siehe Teil E) und organisatorische Fragen.

Schriftliches Verfahren 27. Oktober bis 10. November 2015
Im schriftlichen Verfahren stimmte der Verwaltungsausschuss dem Erwerb des Immobilieninvestments „Kurfürstenhof" in Heidelberg in Form eines Share Deals zu.

3. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 und der Lagebericht sind durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Landesausschuss zu.

Der Landesausschuss billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.

München, den 19. Oktober 2016

Der Landesausschuss

Thomas Benkert
Vorsitzender des
Landesausschusses

Organe und Gremien

E. Organe und Gremien

Die 2012 erstmals von der BVK angebotenen Schulungen für Gremienmitglieder wurden 2015 erfolgreich fortgesetzt. Die rege Nachfrage und das äußerst positive Feedback bestätigen sowohl das Konzept als auch die Inhalte des Fortbildungsangebots.
Für neue Mitglieder ist dies eine gern genutzte Option, sich umfassendes Wissen zu erwerben. Langjährig aktive Mitglieder schätzen das Angebot, um ihre Kenntnisse zu vertiefen.

Landesausschuss

(Amtsperiode von 2015 bis 2018)

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)
a) Selbstständige Apotheker/innen		
Bayern		
Thomas Benkert Mammendorf	- Vorsitzender - Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer	Josef Kammermeier Regensburg
Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach		Thomas Hieble Unterhaching
Thomas Leitermann Mühldorf a. Inn		Sabine Wölfer Bad Reichenhall
Maximilian Konstantin Lernbecher Dachau		Ulrich Koczian Augsburg
Dr. Christian Machon Unsleben		
Johannes Metzger Scheinfeld	Ehrenpräsident der Bayerischen Landesapothekerkammer	
Dr. Doris Unterreitmeier Gräfelfing		
Baden-Württemberg		
Dr. Ursula Barthlen Dußlingen		Nicole-Tina Steege Bad Herrenalb
Jürgen Frasch Weinstadt		Christof Föhl Esslingen
Dr. Günther Hanke Heilbronn	- 2. stellv. Vorsitzender - Präsident der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg	Hannes Höltzel Reutlingen
Dr. Peter Kaiser Fellbach		
Gerhard Schmidt Ravensburg		
Dr. Wolfgang Strölin Esslingen		

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)	
Rheinland-Pfalz			
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 1. stellv. Vorsitzender - Präsident der Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz	Claudia Alten Trier	
Peter Stahl Neustadt	Vizepräsident der Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz	Isabel Christmann *) Hamm	
Burkhard Zang Irrel		Jörg Schulze Schönenberg-Kübelberg	
Saarland			
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 3. stellv. Vorsitzender - Präsident der Apothekerkammer des Saarlandes	Christine Schoppe *) Merchweiler-Wemmetsweiler	Stellv. Präsidentin der Apothekerkammer des Saarlandes
		Theo Hertewich (bis 03.07.2016) Wadgassen-Schaffhausen	

*) Apothekenmitarbeiterin

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)
b) Apothekenmitarbeiter/innen		
Bayern		
Professor Dr. Frank Dörje Erlangen		Alexander Klenner Germering
Sabine Fuchsberger-Paukert Gauting		Anna-Helene Dick Oberschleißheim
Dr. Konrad Habryka Trebgast		Ines Troendle Haar
Sybille Krauß Nürnberg		Margit Wendl Amberg
Cynthia Milz Kulmbach		Dagmar Berger Deisenhofen
Ludwig Müller Nürnberg		
Eva-Maria Plank Trostberg		
Jutta Rewitzer Furth im Wald	Vizepräsidentin der Bayerischen Landesapothekerkammer	
Dr. Volker Schmitt Elsenfeld		
Elke Wanie Bad Aibling		
Baden-Württemberg		
Karin Graf Weinheim	Vizepräsidentin der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg	Beate Predel Tübingen
Elfriede Hoffmann Rottweil		Dr. Martin Braun Gaggenau
Dr. Sigrun Rich Stuttgart		Silke Laubscher Heidelberg
Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen		
Dr. Lutz Vogel Ostfildern		

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
Rheinland-Pfalz	
Bernadette Arnoldi Mainz	(Stellvertreter/innen für Gruppe Apothekenmitarbeiter/innen in Gruppe Selbstständige Apotheker/innen)
Dr. Esther Werle-Nötzel Saarburg	

Verwaltungsausschuss

(Amtsperiode 2011 bis 2014 bis 14. Oktober 2015)

Mitglieder		Stellvertreter/innen (persönlich zugeordnet)
Karl-August Beck Fürth		Cynthia Milz Kulmbach
Thomas Benkert Mammendorf		Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach
Dr. Günther Hanke Heilbronn	- 3. stellv. Vorsitzender -	Karin Graf Weinheim
Dr. Peter Kaiser Fellbach		Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 2. stellv. Vorsitzender -	Dr. Hartmut Schmall Schweich
Johannes Metzger Scheinfeld	- Vorsitzender -	Elke Wanie Bad Aibling
Jutta Rewitzer Futh im Wald		Thomas Leitermann Mühldorf am Inn
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 1. stellv. Vorsitzender -	Christine Schoppe Merchweiler-Wemmetsweiler

Verwaltungsausschuss

(Amtsperiode von 2015 bis 2018 ab 14. Oktober 2015)

Mitglieder		Stellvertreter/innen (persönlich zugeordnet)
Thomas Benkert Mammendorf		Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach
Dr. Günther Hanke Heilbronn	- 2. stellv. Vorsitzender -	Karin Graf Weinheim
Dr. Peter Kaiser Fellbach		Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 1. stellv. Vorsitzender -	Peter Stahl Neustadt
Johannes Metzger Scheinfeld	- Vorsitzender -	Elke Wanie Bad Aibling
Cynthia Milz Kulmbach		Professor Dr. Frank Dörje Erlangen
Jutta Rewitzer Futh im Wald		Thomas Leitermann Mühldorf am Inn
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 3. stellv. Vorsitzender -	Christine Schoppe Merchweiler-Wemmetsweiler

Bayerische Versorgungskammer

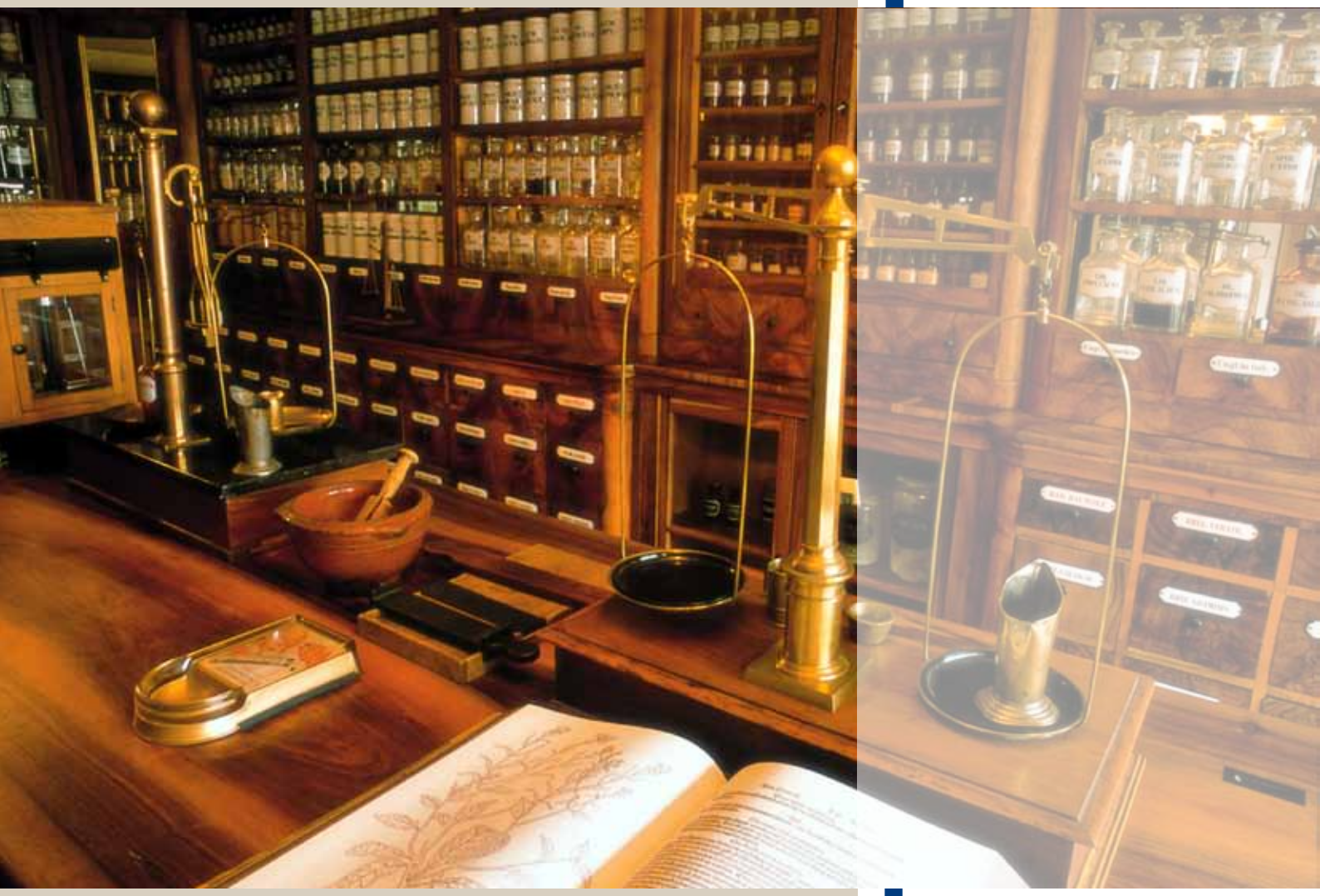
Vorstand	
Daniel Just	Vorsitzender des Vorstands
Gerhard Raukuttis	Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands (bis 31.01.2015)
Ulrich Böger	Stellvertretendes Mitglied des Vorstandes (bis 31.01.2015) Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands (ab 01.02.2015)
Reinhard Dehlinger	Mitglied des Vorstands
Reinhard Graf	Mitglied des Vorstands
André Heimrich	Mitglied des Vorstands
Bereich Berufsständisches Versorgungswesen (ohne Ärzteversorgung) und betriebliche Altersversorgung (ohne kommunale und kirchliche Zusatzversorgung)	
Ulrich Böger	Bereichsleiter
Elisabeth von Bonhorst	Abteilungsleiterin
Bereich Informationsverarbeitung	
Robert Notz	Bereichsleiter
Bereich Kapitalanlagen	
André Heimrich	Bereichsleiter
Bereich Mathematik	
Helmut Baader	Bereichsleiter und Verantwortlicher Aktuar
Bereich Service	
Werner König	Bereichsleiter

Kammerrat

(Amtsperiode vom 8. März 2013 bis 7. März 2019)

Mitglieder		Stellvertreter
Bayerische Ärzteversorgung		
Dr. Lothar Wittek	– stellv. Vorsitzender –	Dr. Max Kaplan Prof. Dr. Frieder Hessenauer
Dr. Michael Förster		Dr. Florian Kinner Dr. Günter Schneider
Dr. med. vet. Karl Eckart		Dr. Irmgard Rieger Dr. Sabine Schall
Bayerische Apothekerversorgung		
Johannes Metzger	– Vorsitzender –	Manfred Saar Dr. Andreas Kiefer
Bayerische Architektenversorgung		
Dipl.-Ing. (FH) Robert Winzinger		Dipl.-Ing. Hartmut Rüdiger Dipl.-Ing. Frank Böhme
Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung		
Harald Ochsner		Paul Kokott Ernst Rabenstein
Bayerische Ingenieurversorgung – Bau mit Psychotherapeutenversorgung		
Prof. Dipl.-Ing. Rolf Sennewald		Dipl.-Ing. Joachim Stübner (bis 30.09.2015) Dr.-Ing. Frank Rogmann (ab 30.09.2015) Dr. phil. Dipl.-Psych. Nikolaus Melcop
Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen		
Hans Herdlein		Rolf Bolwin Jürgen Schitthelm
Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester		
Rolf Bolwin		Gerald Mertens Andreas Masopust
Versorgungsanstalt der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger		
Hans-Günther Beyerstedt		Andreas Ehlert Klaus Dank
Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen mit Pensionskasse des Schornsteinfegerhandwerks		
Sascha Schweizer		David Villmann Torsten Litschke (bis 15.07.2015) Daniel Fürst (ab 15.07.2015)
Bayerischer Versorgungsverband		
Dr. Jürgen Busse (bis 16.07.2015) Bernd Buckenhofer (ab 16.07.2015)		Bernd Buckenhofer (bis 16.07.2015) Heinz Karg (bis 16.07.2015) Dr. Jürgen Busse (ab 16.07.2015) Dr. Johann Keller (ab 16.07.2015)

Mitglieder	Stellvertreter
Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden	
Dr. Armin Augat – stellv. Vorsitzender – Harald Seiter Rudolf Winter Dominik Schirmer	Josef Hasler Markus Loth Franz Stahl (Mitglieder-Ersatzvertreter) Norbert Flach Hildegard Schwering Erich Sczepanski (Versicherten-Ersatzvertreter)
Versorgungswerk des Bayerischen Landtags	
Reinhold Bocklet	Inge Aures



Statistische Angaben

F. Statistische Angaben

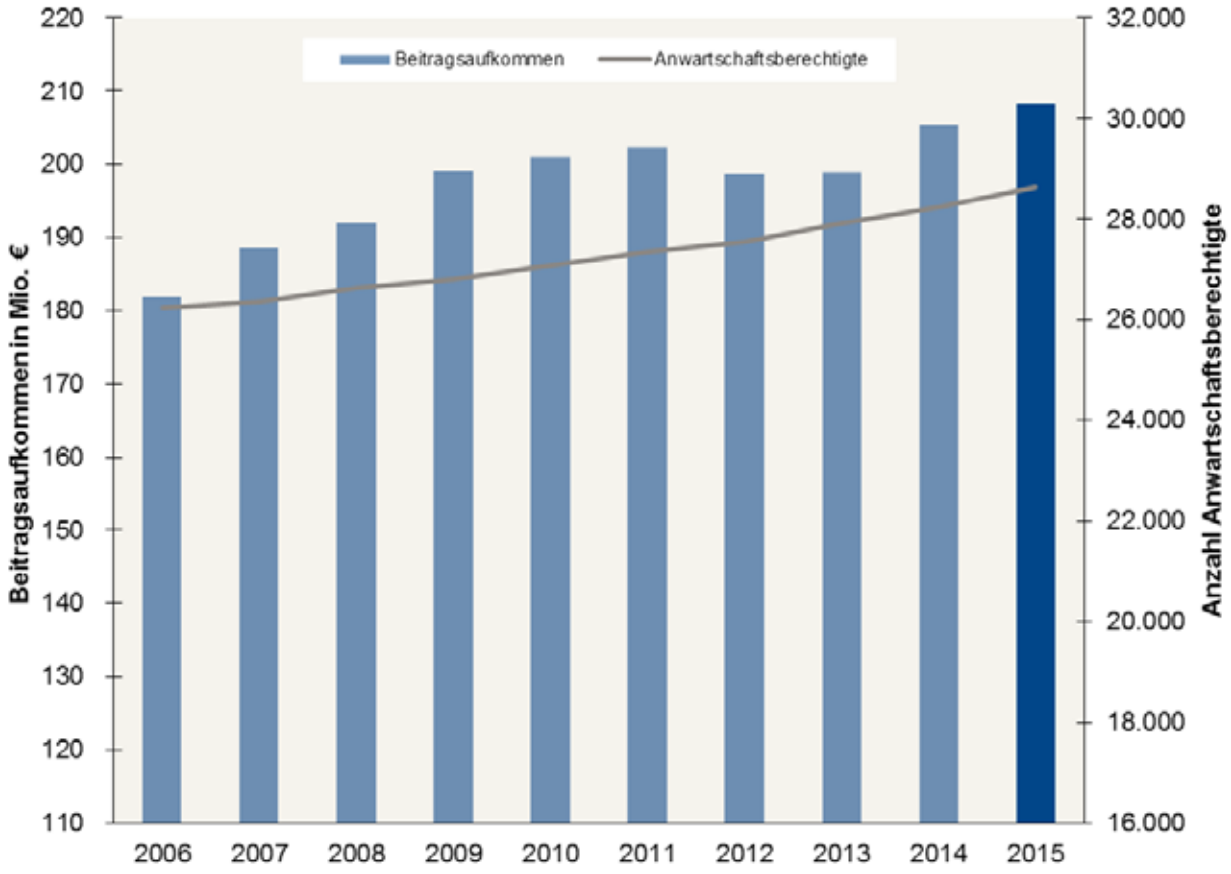
Anwartschaftsberechtigte

31. Dezember	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
männlich	8.198	8.047	7.987	7.880	7.806	7.814	7.755	7.765	7.736	7.770
weiblich	18.052	18.317	18.656	18.937	19.277	19.541	19.790	20.153	20.500	20.865
Insgesamt	26.250	26.364	26.643	26.817	27.083	27.355	27.545	27.918	28.236	28.635
davon Mitglieder	25.340	25.214	25.251	25.239	25.333	25.353	25.405	25.566	25.656	25.849

Beitragsaufkommen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Beiträge	176,1	181,9	184,4	189,8	191,8	194,0	190,5	189,4	194,3	197,2
Freiwillige Mehrzahlungen	5,9	6,6	7,6	9,3	9,1	8,4	8,2	9,6	11,1	11,1
Insgesamt	182,0	188,5	192,0	199,1	200,9	202,4	198,7	199,0	205,4	208,3

Beträge in Mio. €



Mitglieder mit Beitragspflicht nach Versorgungsart, Berufsgruppen und Geschlecht

		Gruppe A	Gruppe B	Gesamt
Eigentümer	m	–	2.562	2.562
	w	–	2.416	2.416
	Insgesamt	–	4.978	4.978
Pächter	m	–	292	292
	w	–	197	197
	Insgesamt	–	489	489
Angestellte	m	–	3.609	3.609
	w	–	15.257	15.257
	Insgesamt	–	18.866	18.866
Beamte	m	–	138	138
	w	–	113	113
	Insgesamt	–	251	251
Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten	m	–	211	211
	w	–	775	775
	Insgesamt	–	986	986
Gesamtbestand	m	–	6.812	6.812
	w	–	18.758	18.758
	Insgesamt	–	25.570	25.570

Mitgliederbewegung Aktive Mitglieder nach regionaler Zugehörigkeit

	Bestand 31.12.2014		Zugang	Abgang	Veränderung		Bestand 31.12.2015	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	Anzahl	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
Bayern	12.168	47,4	552	419	133	68,9	12.301	47,6
Rheinland-Pfalz	3.216	12,5	160	155	5	2,6	3.221	12,4
Baden-Württemberg	9.203	35,9	411	368	43	22,3	9.246	35,8
Saarland	1.069	4,2	55	43	12	6,2	1.081	4,2
Insgesamt	25.656	100,0	1.178	985	193	100,0	25.849	100,0

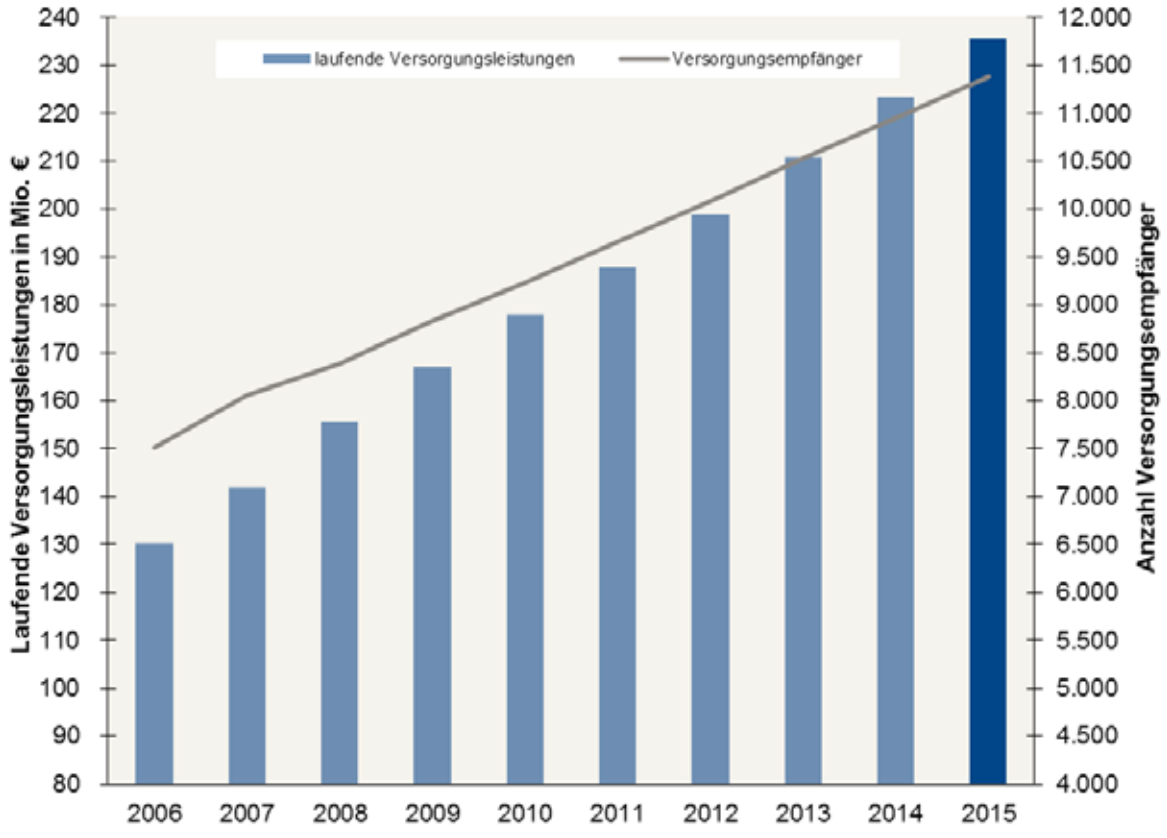
Versorgungsempfänger

31. Dezember	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Altersrentner	5.694	6.208	6.542	6.956	7.335	7.703	8.088	8.511	8.903	9.290
Berufsunfähigkeitsrentner	356	349	340	330	330	344	344	327	311	292
Witwen und Witwer	1.139	1.176	1.202	1.236	1.275	1.314	1.360	1.407	1.460	1.522
Waisen	314	318	298	299	285	299	278	270	266	272
Bezieher von Unterhaltsbeiträgen	9	9	8	8	7	7	7	7	7	7
Insgesamt	7.512	8.060	8.390	8.829	9.232	9.667	10.077	10.522	10.947	11.383

Laufende Versorgungsleistungen

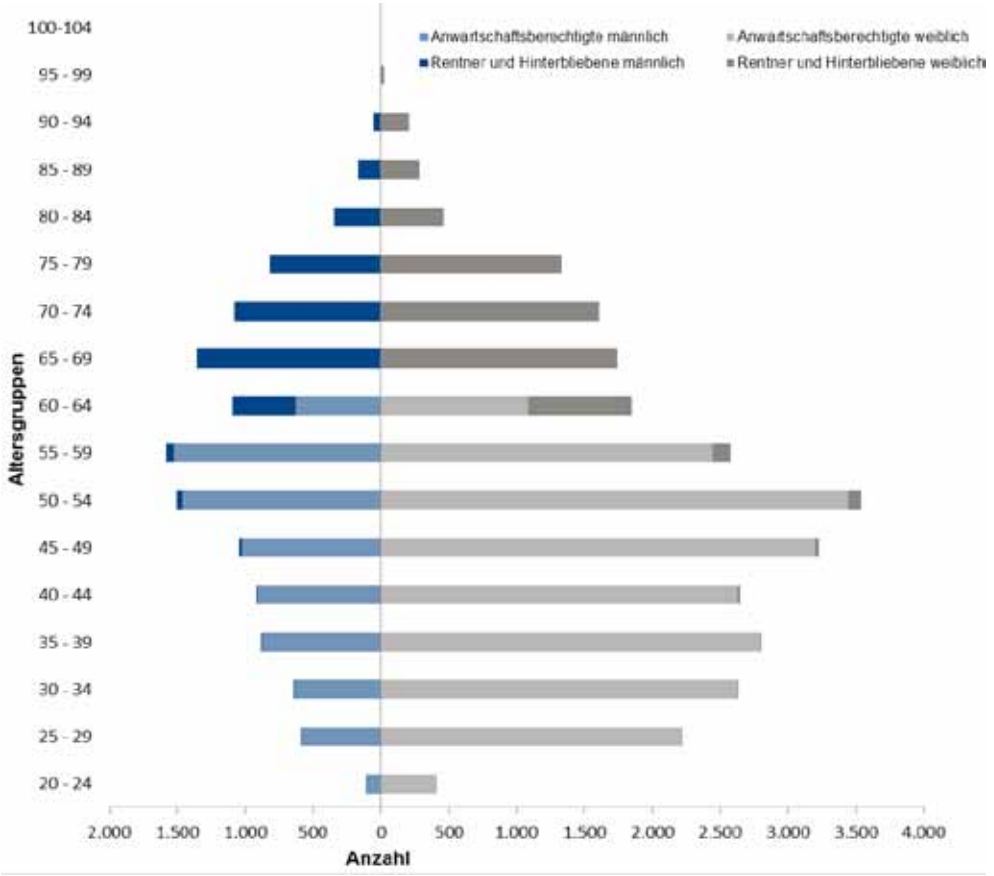
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Altersruhegeld	106,5	119,3	132,1	143,4	153,9	162,6	173,3	185,0	197,2	208,1
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	9,5	8,3	8,0	8,1	7,4	7,6	7,3	6,9	6,5	6,5
Witwen- und Witwergeld	12,3	12,5	13,8	14,0	15,1	15,8	16,7	17,5	18,3	19,6
Waisengeld und freiwillige Leistungen	1,8	1,8	1,8	1,6	1,6	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4
Insgesamt	130,1	141,9	155,7	167,1	178,0	187,7	198,9	210,9	223,5	235,6

Beträge in Mio. €



Altersaufbau des Bestandes am 31. Dezember 2015

	Anwartschaftsberechtigte		Rentner		Witwen/r	
Alter	m	w	m	w	m	w
20 - 24	114	417				
25 - 29	587	2.220				
30 - 34	639	2.629		3	2	1
35 - 39	873	2.796	2	6	1	3
40 - 44	909	2.629	4	15	5	3
45 - 49	1.027	3.198	6	18	11	13
50 - 54	1.468	3.445	19	54	16	41
55 - 59	1.524	2.442	29	54	25	76
60 - 64	629	1.089	429	648	32	109
65 - 69			1.305	1.610	50	130
70 - 74			991	1.411	84	196
75 - 79			727	1.127	90	203
80 - 84			297	335	48	131
85 - 89			137	165	31	123
90 - 94			37	137	17	69
95 - 99			5	11	1	10
100-104					1	
Insgesamt	7.770	20.865	3.988	5.594	414	1.108



Kapitalanlagen

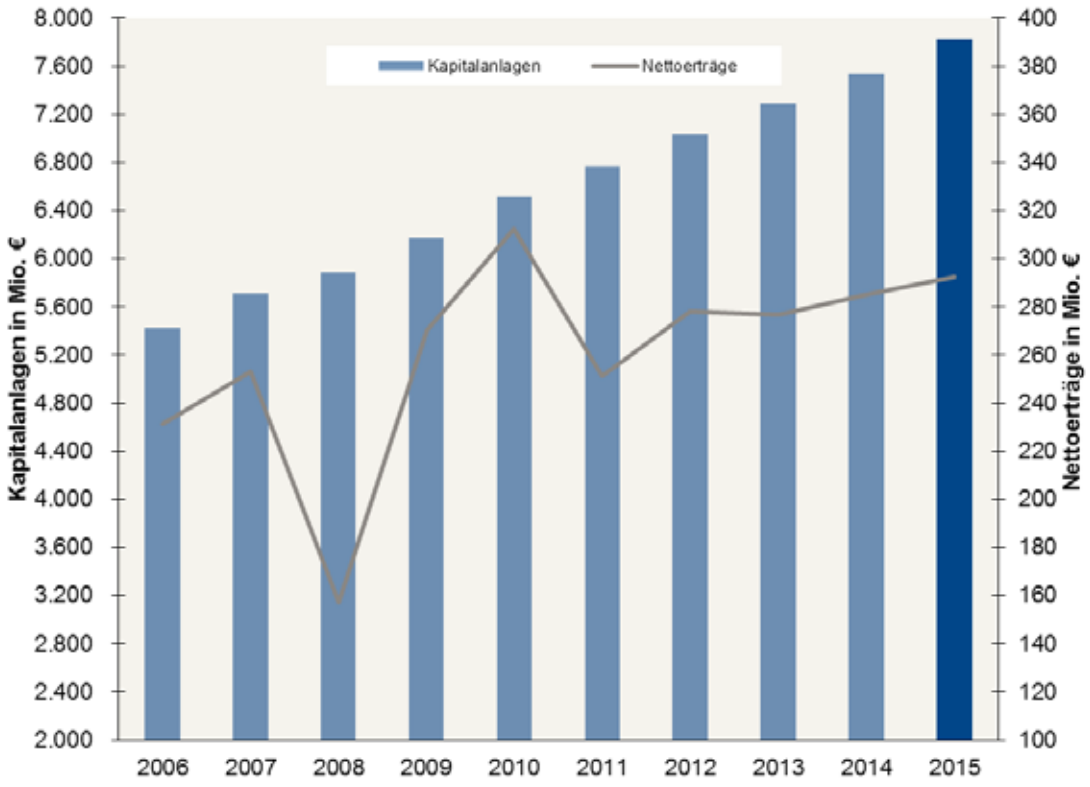
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen, Darlehen und Hypothekendarlehen	4.276,52	4.360,77	4.467,09	4.568,05	4.515,35	4.391,80	4.436,30	4.554,80	4.419,30	3.894,30
Wertpapiere und Anteile	843,27	1.072,44	1.144,17	1.301,98	1.615,17	1.996,45	2.194,96	2.290,16	2.680,43	3.409,62
Grundstücke	280,45	273,20	275,24	307,01	376,02	373,61	384,46	391,78	347,05	354,22
Hypotheken-, Grundschuld- u. Rentenschuldforderungen	0,54	0,46	0,26	0,14	0,00	0,00	23,00	52,50	91,70	104,80
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	49,35
Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten	20,50	0,00	2,50	0,00	9,50	0,00	0,00	0,00	0,00	11,30
Insgesamt	5.421,28	5.706,87	5.889,26	6.177,18	6.516,04	6.761,86	7.038,72	7.289,24	7.538,48	7.823,59

Beträge in Mio. €

Nettoerträge aus Kapitalanlagen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	241,39	266,88	255,25	292,58	326,20	298,43	296,97	292,85	300,91	329,57
Aufwendungen	10,15	13,87	98,32	22,20	14,02	47,08	19,08	16,02	15,73	36,98
Nettoerträge	231,24	253,01	156,93	270,38	312,18	251,35	277,89	276,83	285,18	292,59

Beträge in Mio. €



Bayerische Apothekerversorgung

Bayerische
Versorgungskammer

Arabellastraße 31
81925 München
Telefon: 089 9235 6
Fax: 089 9235 7041
E-mail: bapv@versorgungskammer.de
www.bapv.de